Nr. 36. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 5. Februar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Verschärfung des Handelskrieges gegen England.

Die Verhängung der Unterseeboots-Blockade.

Amtlich. Berlin, 4. Februar. (W. T. B.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht im amtlichen Teil folgende

Bekanntmachung.

1. Die Gewässer ringsum Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten englischen Kanals werden hiermit als Kriegsgebiet erklärt. Vom 18. Februar 1915 an wird jedes in diesem Kriegsgebiet angetroffene feindliche Kauffahrteischiff zerstört werden, ohne daß es immer möglich sein wird, die dabei der Besatzung und den Passagieren drohenden Gefahren abzuwenden.

2. Auch neutrale Schiffe laufen im Kriegsgebiet Gefahr, da es angesichts des von der Britischen Regierung am 31. Januar angeordneten Mißbrauchs neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten des Seekriegs nicht immer vermieden werden kann, daß die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe auch neutrale Schiffe treffen.

3. Die Schiffahrt nördlich um die Shetlandsinseln, in dem östlichen Gebiet der Nordsee und in einem Streifen von mindestens 30 Seemeilen Breite entlang der niederländischen Küste ist nicht gefährdet.

Berlin, den 4. Februar 1915.

Der Chef des Admiralstabes der Marine
v. Pohl.

Zur Erläuterung dieser Bekanntmachung wird den Verbündeten, den neutralen und den feindlichen Mächten die

nachstehende Denkschrift

mitgeteilt:

Denkschrift der Kaiserlich Deutschen Regierung über Gegenmaßnahmen gegen die völkerrechtswidrigen Maßnahmen Englands zur Unterbindung des neutralen Seehandels mit Deutschland.

Seit Beginn des gegenwärtigen Krieges führt Großbritannien gegen Deutschland den Handelskrieg in einer Weise, die allen völkerrechtlichen Grundsätzen Hohn spricht. Wohl hat die Britische Regierung in mehreren Verordnungen die Londoner Seekriegs-Erklärung als für ihre Seestreitkräfte maßgebend bezeichnet; in Wirklichkeit hat sie sich aber von dieser Erklärung in den wesentlichen Punkten losgesagt, obwohl ihre eigenen Bevollmächtigten auf der Londoner Seekriegsrechts-Konferenz deren Beschlüsse als geltendes Völkerrecht anerkannt hatten. Die Britische Regierung hat eine Reihe von Gegenständen auf die Liste der Konterbande gesetzt, die nicht oder doch nur sehr mittelbar für kriegerische Zwecke verwendbar sind und daher nach der Londoner Erklärung, wie nach allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts überhaupt nicht als Konterbande bezeichnet werden dürfen. Sie hat ferner den Unterschied zwischen absoluter und relativer Konterbande tatsächlich beseitigt, indem sie alle für Deutschland bestimmten Gegenstände relativer Konterbande ohne Rücksicht auf den Hafen, in dem sie ausgeladen werden sollen, und ohne Rücksicht auf ihre feindliche oder friedliche Verwendung der Wegnahme unterwirft. Sie scheut sich sogar nicht, die Pariser Seerechtsdeklaration zu verletzen, da ihre Seestreitkräfte von neutralen Schiffen deutsches Eigentum, das nicht Konterbande war, weggenommen haben. Ueber ihre eigenen Verordnungen zur Londoner Erklärung hinausgehend, hat sie weiter durch ihre Seestreitkräfte zahlreiche wehrfähige Deutsche von neutralen Schiffen wegführen lassen und sie zu Kriegsgefangenen gemacht. Endlich hat sie die ganze Nordsee zum Kriegsschauplatz erklärt und der neutralen Schiffahrt die Durchfahrt durch das offene Meer zwischen Schottland und Norwegen wenn nicht unmöglich gemacht, so doch aufs äußerste erschwert und gefährdet, so daß sie gewissermaßen eine Blockade neutraler Küsten und neutraler Häfen gegen alles Völkerrecht eingeführt hat. Alle diese Maßnahmen verfolgen offensichtlich den Zweck, durch völkerrechtswidrige Lahmlegung des legitimen neutralen Handels nicht nur die Kriegführung, sondern auch die Volkswirtschaft Deutschlands zu treffen und letzten Endes auf dem Wege der Aushungerung das ganze deutsche Volk der Vernichtung preiszugeben.

Die neutralen Mächte haben sich den Maßnahmen der britischen Regierung im großen und ganzen gefügt; insbesondere haben sie es nicht erreicht, daß die von ihren Schiffen völkerrechtswidrig weggenommenen deutschen Personen und Güter von der britischen Regierung herausgegeben worden sind. Auch haben sie sich in gewisser Richtung sogar den mit der Freiheit der Meere unvereinbaren englischen Maßnahmen angeschlossen, indem sie, offenbar unter dem Druck Englands, die für friedliche Zwecke bestimmte Durchfuhr nach Deutschland auch ihrerseits durch Ausfuhr- und Durchfuhrverbote verhindern. Vergebens hat die Deutsche Regierung die neutralen Mächte darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich die Frage vorlegen müsse, ob sie an den von ihr bislang streng beobachteten Bestimmungen der Londoner Erklärung noch länger festhalten könne, wenn Großbritannien das von ihm eingeschlagene Verfahren fortsetzen und die neutralen Mächte alle diese Neutralitätsverletzungen zuungunsten Deutschlands länger hinnehmen würden. Großbritannien beruft sich für seine völkerrechtswidrigen Maßnahmen auf die Lebensinteressen, die für das Britische Reich auf dem Spiele stehen, und die neutralen Mächte scheinen sich mit theoretischen Protesten abzufinden, also tatsächlich Lebensinteressen von Kriegführenden als hinreichende Entschuldigung für jede Art von Kriegführung gelten zu lassen.

Solche Lebensinteressen muß nunmehr auch Deutschland für sich anrufen. Es sieht sich daher zu seinem Bedauern zu militärischen Maßnahmen gegen England gezwungen, die das englische Verfahren vergelten sollen. Wie England das Gebiet zwischen Schottland und Norwegen als Kriegsschauplatz bezeichnet hat, so bezeichnet Deutschland die Gewässer rings um Großbritannien und Irland mit Einschluß des gesamten englischen Kanals als Kriegsschauplatz und wird mit allen ihm zu Gebote stehenden Kriegsmitteln der feindlichen Schiffahrt daselbst entgegentreten. Zu diesem Zweck wird es vom 18. Februar 1915 an jedes feindliche Kauffahrteischiff, das sich auf den Kriegsschauplatz begibt, zu zerstören suchen, ohne daß es immer möglich sein wird, die dabei den Personen und Gütern drohenden Gefahren abzuwenden. Die Neutralen werden daher gewarnt, solchen Schiffen weiterhin Mannschaften, Passagiere und Waren anzuvertrauen. Sodann aber werden sie darauf aufmerksam gemacht, daß es sich auch für ihre eigenen Schiffe dringend empfiehlt, das Einlaufen in dieses Gebiet zu vermeiden. Denn wenn auch die deutschen Seestreitkräfte Anweisung haben, Gewalttätigkeiten gegen neutrale Schiffe, soweit sie als solche erkennbar sind, zu unterlassen, so kann es doch angesichts des von der Britischen Regierung angeordneten Mißbrauchs neutraler Flaggen und der Zufälligkeiten des Krieges nicht immer verhütet werden, daß auch sie einem auf feindliche Schiffe berechneten Angriff zum Opfer fallen. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß die Schiffahrt nördlich um die Shetlandsinseln, in dem östlichen Gebiete der Nordsee und in einem Streifen von mindestens 30 Seemeilen Breite entlang der niederländischen Küste nicht gefährdet ist.

Die Deutsche Regierung kündigt diese Maßnahme so rechtzeitig an, daß die feindlichen wie die neutralen Schiffe Zeit behalten, ihre Dispositionen wegen Anlaufens der am Kriegsschauplatze liegenden Häfen danach einzurichten. Sie darf erwarten, daß die neutralen Mächte die Lebensinteressen Deutschlands nicht weniger als die Englands berücksichtigen und dazu beitragen werden, ihre Angehörigen und deren Eigentum vom Kriegsschauplatze fernzuhalten. Dies darf um so mehr erwartet werden, als den neutralen Mächten auch daran liegen muß, den gegenwärtigen verheerenden Krieg sobald als möglich beendigt zu sehen.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 4. Februar 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Front zwischen **Nordsee** und **Reims** fanden nur Artilleriekämpfe statt.

Erneute französische Angriffe bei **Perthes** wurden unter Verlusten für den Feind abgewiesen.

Nördlich und nordwestlich **Massiges** (nordwestlich St. Menehould) griffen unsere Truppen gestern an, stießen im Sturm über drei hintereinander liegende feindliche Grabenlinien durch und **setzten sich in der französischen Hauptstellung** in einer **Breite von 2 Kilometern fest;** sämtliche Gegenangriffe der Franzosen, die auch nachts fortgesetzt wurden, sind abgeschlagen worden. Wir nahmen **sieben Offiziere, 601 Mann gefangen und eroberten neun Maschinengewehre, neun Geschütze kleineren Kalibers und viel Material.**

Sonst ist nur erwähnenswert, daß in den **Mittel-Vogesen** das erste Gefecht einer Schneeschuhtruppe gegen französische Jäger erfolgreich für uns verlief.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In **Ostpreußen** wurden schwache russische Angriffe gegen unsere Stellungen südlich der Memel abgewiesen.

In **Polen** nördlich der Weichsel fanden im Anschluß an die gemeldeten Kavalleriekämpfe Plänkeleien kleinerer gemischter Truppenabteilungen statt.

An der **Bzura** südlich Sochaczew brach ein russischer Nachtangriff unter starken Verlusten des Feindes zusammen. Unser Angriff östlich **Bolimow** macht trotz heftiger Gegenstöße des Feindes Fortschritte. Die Zahl der Gefangenen erhöht sich.

In den **Karpathen** kämpfen seit einigen Tagen **deutsche Kräfte Schulter an Schulter mit den österreichisch-ungarischen Armeen.** Die verbündeten Truppen haben in dem schwierigen und verschneiten Gebirgsgelände eine Reihe schöner Erfolge erzielt.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 4. Februar. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 4. Februar 1915 mittags:

In Polen und Westgalizien keine besonderen Ereignisse. Die Kämpfe in den Karpathen dauern mit unverminderter Heftigkeit an.

Im westlichen Frontabschnitt wurden feindliche Angriffe abgewiesen. Den im mittleren Waldgebirge vordringenden eigenen Kolonnen gelang es auch gestern, erneut Raum zu gewinnen und einige hundert Gefangene zu machen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs.
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Verkehrsstörung wegen der Unterseeboot-Blockade.

London, 4. Februar. (W. T. B.) Die London—Northwestern—Bahngesellschaft hat alle Schiffsverbindungen zwischen Holyhead und den irischen Häfen, auch Dublin und Greenore, eingestellt. Die Schnelldampfer verkehren nicht mehr. Die City of Dublin Schiffahrtsgesellschaft, welche nach und von Liverpool, Belfast und Manchester verkehrt, hat gestern abend ihren Dienst unterbrochen. Die Postdampfer zwischen Kingstown und Holyhead bleiben im Verkehr, da die Regierung alles Risiko übernommen hat.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 4. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht von Mittwochnachmittag 3 Uhr. Vom Kampfgebiet nördlich der Lys ist nichts zu melden. Zwischen Lys und Oise im Abschnitte von Roulettes westlich Lens brachten unsere Batterien lebhaftes feindliches Artilleriefeuer zum Schweigen. Die Deutschen ließen auf dem Ancreffluß oberhalb von Avalny nördlich von Albert Brandschiffe los. Diese wurden von uns vor ihrer Explosion angehalten. Unsere Artillerie erzielte fortgesetzt ausgezeichnete Ergebnisse im Aidnetal. Wir sind westlich der Höhe 200 bei Perthes leicht vorgerückt, wobei wir Gefangene machten und einen Gegenangriff zurückwarfen. — In den Argonnen fand gestern bei Bagatelle ein zweiter deutscher Angriff gegen 6 Uhr abends statt, der ebenso wie der Angriff um 1 Uhr mittags abgewiesen wurde. An der Front auf den Maashöhen und in den Vogesen herrschte Ruhe. Im Elsaß richteten wir uns auf dem Gelände ein, das wir südlich von Ammersweiler gewonnen haben.

Paris, 4. Februar. (W. T. B.) Gestern abend um 11 Uhr wurde folgender amtliche Kriegsbericht ausgegeben: Es ist nichts zu melden außer drei deutschen Angriffen westlich Perthes und nördlich Le Mesnil les Hurlus und nördlich Massiges, welche alle abgewiesen wurden. In den Argonnen hat ein neuer Angriff bei Bagatelle in der Nacht vom 2. zum 3. Februar stattgefunden, der von unseren Truppen abgewiesen wurde.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Meldung des russischen Generalstabs.

Petersburg, 4. Februar. (W. T. B.) Der Große Generalstab gab gestern abend folgendes bekannt. In Ostpreußen haben sich unsere Truppen bei dem Dorfe Groß-Medunischken auf dem linken Ufer der Angerapp befestigt. Auf dem rechten Weichselufer sind die Zusammenstöße mit dem Feinde häufiger geworden. Die ernsthaftesten Zusammenstöße haben auf der Front Lipno—Bejun stattgefunden. Unsere Truppen erstürmten den Flecken Skempe und wiesen einen Versuch des Feindes, das Dorf Blino zu nehmen, ab, indem sie ihm schwere Verluste zufügten. Wir nahmen hier einen Bataillonskommandeur, drei andere Offiziere und hundert Soldaten gefangen. Auf dem linken Weichselufer ging der Kampf in der Linie Borzymow—Gunin—Polia-Chiellowska, Scierce Bolimowski am 2. Februar mit der gleichen Kraft weiter. Der Feind führte über 14 Regimenter in die vorderste Feuerlinie. Große Massen von Artillerie, darunter schwere, feuern Tag und Nacht. Einen besonders hartnäckigen Charakter nahm der Kampf in dem Dorf Gumina (Gunin?) an, wo wir heftige Angriffe nach blutigem Kampfe Mann gegen Mann abwiesen. Obgleich der Feind fortgesetzt ungeheuere Verluste erleidet, fährt er fort, neue Kräfte in den Kampf zu führen. Feindliche Angriffsversuche am Nidaufer hatten keinen Erfolg. Die Kämpfe in den Karpathen entwickeln sich und nehmen einen immer hartnäckigeren Charakter an. Man hat die Anwesenheit bedeutender deutscher Streitkräfte festgestellt.

Heldentod eines deutschen Offiziers.

Am 30. November 1914 war eine Offizierspatrouille unter Führung des Leutnants v. Griesheim nach Bielsk zu Zwecken der Aufklärung ausgesandt worden. Die Patrouille, bestehend aus dem Offizier, einem Unteroffizier und 14 Mann, wurde in der Gegend von Lelice plötzlich von 40 russischen Husaren umzingelt und beschossen. Gleich zu Beginn des Scharmützels fiel das Pferd des Leutnants v. Griesheim. Die Patrouille kehrte ohne ihn und vier Husaren zu ihrer Schwadron zurück.

Zu Fuß lief Leutnant v. Griesheim über gefrorenen Acker und das brechende Eis eines Grabens in ein nahegelegenes, einzelstehendes Haus. Der befehlführende russische Offizier sandte den deutschsprechenden Besitzer des Hauses an Leutnant v. Griesheim mit der Aufforderung, sich zu ergeben. Leutnant v. Griesheim lehnte das ab. Die Aufforderung wurde wiederholt und damit begründet, daß jeder Widerstand des einzelnen gegen eine Truppe unmöglich sei. Leutnant v. Griesheim zählte die Patronen in seinem Revolver und ließ dem russischen Offizier sagen: „Ein deutscher Offizier ergibt sich nicht; ich habe noch fünf Patronen; die reichen für euch und mich.“ Es entspann sich darauf ein kurzes Gefecht, in dem Leutnant v. Griesheim zwei schwere Wunden davontrugs. Als der russische Offizier eintrat und den Zutodegetroffenen fragte, weshalb er sich nicht ergeben habe, zeigte Leutnant v. Griesheim auf sein Eisernes Kreuz und sagte: „Damit ergibt man sich nicht.“ Er wurde sofort verbunden, starb aber auf dem Transport.

Der russische Brigadekommandeur ordnete für den deutschen Offizier ein Begräbnis mit militärischen Ehren an. Eine russische Schwadron mit Gewehren gab ihm das letzte Geleit auf dem Kirchhof zu Drobin. Der Ortsgeistliche hielt die Andacht. Die Russen schmückten das Grab mit einem hohen Holzkreuz, auf das sie in deutschen Buchstaben setzten, was auf der Erkennungsmarke des Gefallenen stand:

v. Griesheim
Leutnant im Thür. Husaren-Regt. Nr. 12.

dazu oben links, in russischer Schrift, das Datum.

Beim Wiedereinzug des Regiments in Drobin am 30. Dezember fand man das Grab des jungen Offiziers. Die Richtigkeit des Berichtes bezeugen der Ortsgeistliche, der Drobiner Arzt und ein deutscher Husar, der in Drobin in Gefangenschaft geriet.

Das Heldengrab des jungen gefallenen Husarenoffiziers schmückten in stiller Andacht am Silvestertag 1914 seine Regimentskameraden und seine Husaren, denen er für alle Zeiten als wahrer Held und treuester Kamerad im Gedächtnis bleiben wird.

Der türkische Krieg.

Das Landungskorps der „Emden“ bei Hodeida gelandet.

Berlin, 4. Februar. (W. T. B.) Ueber S. M. Schiff „Ayesha“ geht die Nachricht ein, daß der Kommandant, Kapitänleutnant von Mücke, mit dem Landungskorps S. M. Schiff „Emden“ in der Nähe von Hodeida (Südwestküste von Arabien) eingetroffen und von den türkischen Truppen mit Begeisterung empfangen sei. Nachdem die Fahrt durch die Straße von Perim unbemerkt von den englischen und französischen Bewachungsstreitkräften gelungen war, vollzog sich die Landung an der Küste ungestört in Sicht eines französischen Panzerkreuzers.

Gefecht bei Ismailia.

Kairo, 4. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Gestern haben die britischen Truppen eine Begegnung mit dem Feinde bei Ismailia gehabt. Ein Sandsturm hinderte den Feind am Vorrücken. Wir hatten sechs Verwundete.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze.

Vom Burenaufstand.

Pretoria, 4. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Vier Offiziere und hundert Buren, ein Teil von Maritz' Streitkräften, haben sich bei Kakamas ergeben. Fünfhundert Mann ergaben sich mit Kemp.

Rekrutierungsschwierigkeiten in der Kapkolonie.

Pretoria, 4. Februar. (W. T. B.) Amtliche Meldung des Reuterschen Bureaus. Einundsiebzig tauglich befundene Männer, die sich geweigert hatten, gegen Deutsch-Südwestafrika zu dienen, sind vor ein Kriegsgericht gestellt worden.

Lebensmittelteuerung und soziale Konflikte in England.

Amsterdam, 4. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die englische Teuerung nimmt ständig zu. Seit Juli stieg der Preis des Gefrierfleisches um 28, in der Provinz um 32 Proz., das Brot um 18, in der Provinz um 14 Proz., Fisch um 51 resp. 31 Proz., Zucker um 69 resp. 65 Proz., Eier um 62 resp. 65 Proz., Kartoffeln um 11 resp. 22 Proz.

Der soziale Konflikt wird verschärft durch die Versuche des Unternehmertums, unter dem Vorwande des Arbeitermangels das Achtstundengesetz außer Kraft zu setzen.

Arbeiterfeindlich ist auch die am Dienstag vom Obergericht gefällte Entscheidung in dem Prozeß eines Gewerkschafters gegen die „Daily Citizen“, der auf die Rückzahlung der von seinem Verband gekauften Blattanteile im Betrage von 1000 Pfund Sterling klagte, weil diese Anlage politischen Charakter trage und somit den Gewerkschaftsaufgaben widerspreche. „Daily Citizen“ wurde verurteilt. Das Urteil ist von unabsehbarer Tragweite, da das Blatt durch weitere Klagen auf Zurückzahlung der Anteile leicht zugrunde gerichtet werden könnte.

Die englische Arbeiterpartei interpelliert wegen der Preissteigerung.

London, 4. Februar. (W. T. B.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses fragte Henderson (Arbeiterpartei) den Premierminister, ob er eine Erklärung darüber abgeben wolle, wie weit die hierfür aufgestellte Kabinettskommission den Preisen für Lebensmittel nachgegangen sei, was für Daten vorlägen, ob die Untersuchung bald beendet sei und dem Hause bald Gelegenheit geboten würde, die Frage der Preise für Lebensmittel und andere notwendige Gebrauchsgegenstände zu erörtern. Asquith antwortete, die Kommission habe der Frage ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet. Er könne noch nicht sagen, wann die Arbeiten abgeschlossen würden. Es werde jedoch ohne Verzögerung geschehen, da die Regierung sich der Dringlichkeit der Frage bewußt sei. Henderson kam später nochmals auf dasselbe Thema zu sprechen und wies auf die Stimmung im Lande, besonders unter den armen Leuten, hin, die die gegenwärtigen Preise, welche an Hungersnotpreise grenzten, besonders hart empfänden. Er verlangte eine Erörterung der Angelegenheit zu Beginn der nächsten Woche. Asquith antwortete, die Frage solle sobald wie möglich behandelt werden.

Die französische Regierung gegen den Papst.

Amsterdam, 4. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Wie der „Daily Telegraph“ berichtet, verbot die französische Regierung die Verlesung des Papstgebets für den Frieden in den Kirchen. Einige klerikale Blätter wurden wegen ihrer Kommentare zu diesem Verbot konfisziert. Der Pariser Erzbischof Amette hängte dem Gebet einen Passus über die Erflehung des Heils für das Vaterland an.

Die „Humanité“ als Sachwalter der Interessen feindlicher Staatsangehöriger.

Paris, 4. Februar. (W. T. B.) Die „Humanité“ protestiert gegen den Mißbrauch, den einige Zwangsverwalter von Gütern deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsangehörigen in Frankreich bei der Ausübung ihres Amtes treiben. Sie führt Beispiele dafür an, daß wiederholt Wohnungseinrichtungen von Deutschen um Schleuderpreise versteigert wurden, obgleich die Verwalter wußten, daß die Besitzer der Wohnungseinrichtungen bei französischen Banken Guthaben besitzen, mit denen die Verwalter den Mietzins zahlen könnten. Gegen ein derartiges Vorgehen sei bereits Einspruch erhoben worden, aber bei den augenblicklich in Frankreich herrschenden Verhältnissen sei es zweifelhaft, ob ein Einspruch Erfolg haben würde.

Russische Lebensmittel für Frankreich.

London, 4. Februar. (W. T. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Paris vom 1. Februar: Zwischen der russischen und der französischen Regierung ist ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem Rußland Frankreich 25 Millionen Pud Weizen und 6 Millionen Pud Zucker liefern soll. Der Termin der Ablieferung wurde auf mehrere Monate verteilt. Die französische Regierung hat sich erboten, die Lieferung im voraus zu bezahlen.

Kanada fordert 100 Millionen Dollar Kriegskredite.

London, 4. Februar. (W. T. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Montreal: Das Parlament wird am nächsten Donnerstag eröffnet werden und sich ausschließlich mit Kriegsangelegenheiten beschäftigen. Für die Fortführung des Krieges werden 100 Millionen Dollar gefordert werden.

Was Japan von China verlangt.

London, 4. Februar. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: Amtlich wird Schweigen über die Forderungen Japans bewahrt. Diese betreffen die Eisenbahn von Lungkau nach Weihsien, industrielle Konzessionen in der Mandschurei, in der südlichen Mongolei und in Schantung, Bergwerkskonzessionen in Schantung, Kiangsi, Anhui, Fukien, die Erneuerung der Pacht von Port Arthur, sowie die Erledigung verschiedener ausstehender Fragen. Die Regierung verhält sich ruhig und vorsichtig, das Publikum ist erregt.

Amsterdam, 4. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Daily Telegraph“ meldet aus Peking: Die Oeffentlichkeit dringt auf ein Abkommen mit England und Japan zur Klärung der verworrenen Lage.

Eine amtliche Erklärung.

Berlin, 4. Februar. (W. T. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Russische Regierung hat es für gut befunden, aus dem Telegrammwechsel, der vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und dem russischen Zaren stattgefunden hat, ein Telegramm des letzteren vom 29. Juli zu veröffentlichen, in dem unter anderem darauf hingewiesen wird, daß es richtiger wäre, das serbisch-österreichische Problem dem Haager Schiedsgericht zu übergeben. Es wird der Deutschen Regierung unterstellt, daß sie dieses Telegramm absichtlich nicht veröffentlicht habe, um den Versuch des Zaren, den Krieg noch unmittelbar vor seinem Ausbruch durch seinen Vorschlag zu beschwören, mit Stillschweigen zu übergehen.

Zu dieser Unterstellung ist zunächst zu erklären, daß in das deutsche Weißbuch nur die für den Gang der Verhandlungen ausschlaggebenden Telegramme der beiden Herrscher aufgenommen worden sind. Zu diesen ist das vorliegende Telegramm nicht gerechnet worden.

Das jetzt nachträglich veröffentlichte Telegramm des Zaren vom 29. Juli lautete:

„Danke für Dein versöhnliches und freundliches Telegramm, während die offizielle Mitteilung, die heute Dein Botschafter meinem Minister gemacht hat, in einem sehr verschiedenen Ton gehalten war. Ich bitte Dich, diesen Unterschied zu erklären. Es würde richtiger sein, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz zu übergeben. Ich vertraue auf Deine Weisheit und Freundschaft.“

Das Antworttelegramm des Kaisers ist im deutschen Weißbuch, Anlage 29, veröffentlicht. — Angesichts seines Wortlautes bedarf es gewiß keiner Erklärung mehr, weshalb Kaiser Wilhelm auf den Schiedsgerichtsvorschlag des Zaren in seiner Antwort nicht mehr eingegangen ist. Abgesehen davon, daß der Vorschlag nur beiläufig erwähnt war, hatte er angesichts der militärischen Vorbereitungen Rußlands gegen Oesterreich-Ungarn jede sachliche Bedeutung verloren. Rußland hatte an dem gleichen Tage, wo das Telegramm des Zaren an Seine Majestät abging, trotz der wiederholten deutschen Warnungen die Mobilmachung von 13 Armeekorps gegen Oesterreich-Ungarn erklärt, ohne daß eine gleiche Maßregel österreichisch-ungarischerseits vorhergegangen war. (Die tatsächliche russische Mobilmachung hatte schon am 24. Juli begonnen.) Der Schiedsgerichtsvorschlag eines Staates, der wegen der in Betracht kommenden Streitigkeiten seine Truppen mobilisiert und dadurch mit dem Kriege droht, konnte unmöglich als wirklich ernst und aussichtsvoll angesehen werden.

Was den in dem Telegramm des Kaisers von Rußland erwähnten Schritt des deutschen Botschafters in Petersburg, Grafen Pourtalès, beim Minister des Aeußern Sasonow betrifft, so war das eine Mitteilung des Botschafters an den Minister, worin er in ernster Weise darauf hinwies, daß ein weiteres Fortschreiten russischer Mobilmachungsmaßnahmen eine ernste Gefährdung des europäischen Friedens bedeuten würde.

Diese Mitteilung, die den Charakter einer freundschaftlichen Warnung trug, war in Wirklichkeit nichts anderes als eine Wiederholung dessen, was der Botschafter seit dem 25. Juli in allen seinen Unterredungen, die er mit dem Minister gehabt hatte, hervorgehoben hatte. Graf Pourtalès hatte seit dem Tage, an welchem die russische Garde aus dem Lager bei Krasnoje Sselo nach Petersburg zurückbeordert wurde, keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne Herrn Sasonow mit dem größten Ernst auf die Gefahren aller militärischen Vorbereitungen hinzuweisen. Es handelte sich also bei der Mitteilung, auf die das Telegramm des Zaren Bezug nahm, in keiner Weise um eine Kundgebung, die mit dem während der ganzen Verhandlungen von Deutschland angeschlagenen versöhnlichen Ton im Widerspruch stand. Wenn der Zar sie anders aufgefaßt hat, so kann die Erklärung hierfür nur darin gefunden werden, daß der russische Minister es anscheinend unterlassen hatte, seinem Kaiserlichen Herrn von der vorhergegangenen deutschen Warnung vor militärischen Rüstungen Kenntnis zu geben.

Kriegsbekanntmachungen.

Feldpostpäckchen bis 500 Gramm als dauernde Einrichtung.

Berlin, 4. Februar. (W. T. B.) Wie wir hören, wird die Postverwaltung mit Ablauf der jetzigen Päckchen-Woche (7. Februar) die Beförderung von Feldpostbriefen nach dem Feldheer im Gewicht über 250 Gramm bis 500 Gramm nicht einstellen, sondern solche Sendungen bis auf weiteres dauernd befördern.

Klagen über die Weihnachtspakete.

Amtlich. Berlin, 4. Februar. (W. T. B.) Obgleich die Heeresleitung durch Mitteilung am 21. Dezember 1914 in allen Zeitungen bekannt gegeben hat, daß die Weihnachtspakete im Osten bis auf weiteres nicht ausgeliefert werden könnten, kommen wegen dieser Pakete unausgesetzt Anfragen an das Kriegsministerium. Es sei daher nochmals darauf hingewiesen, daß die für einen Teil der in Russisch-Polen kämpfenden Truppen aufgelieferten Weihnachtspakete nur allmählich zu den Truppen vorgeführt werden konnten und zum Teil erst jetzt nach und nach zur Aushändigung gelangen.

Müssen die Kartoffelpreise erhöht werden?

Immer wieder kehrt in der Beurteilung unserer Nahrungsmittelversorgung in Handels- und Produzentenkreisen der Gedanke in den Vordergrund, daß eine sparsame Einteilung und möglichstes Verlängern der Bestände nur durch hohe Preise zu erlangen ist. Es ist gelungen, diesen verkehrten Standpunkt bei der Behandlung unserer Getreidevorräte zurückzudrängen, um das in dieser Situation allein wirkungsvolle und zweckmäßige Mittel in Anwendung zu bringen, Verteilung der Vorräte. Es wird für ein Land mit 66 Millionen Einwohnern sehr schwierig sein, einen sicher und leicht wirkenden Verteilungsmodus zu finden, aber auch diese Schwierigkeit wird überwunden werden, wie manche andere schwere Aufgaben, die künftig noch zu lösen sein werden. Höhere Preise für ein Nahrungsmittel kann einen verminderten Konsum erzielen, aber es übt diese Maßnahme ihre Wirkung nur gegenüber den Volksschichten, deren Mittel schon so beschränkt sind, daß sie höhere Aufwendungen nicht machen können; und wenn nicht billigere Ersatzmittel da sind, so würde das Einsetzen von Hungerrationen für diesen Teil der Bevölkerung die weitere Folge sein. Der Teil der Bevölkerung, der seinen Haushaltsetat leicht erhöhen kann, den die höhere Ausgabe nicht berührt, braucht die Einschränkung des Konsums nicht zu betreiben, für die besser situierten Volksklassen sind höhere Preise kein Zwangsmittel. Gerade in der gegenwärtigen Zeit möchte es aber besonders bitter empfunden werden, wenn diejenigen, die die wirtschaftliche Unbill mit besonderer Schwere zu tragen haben, noch besondere Opfer bringen, ihnen der Brotkorb höher gehängt wird, der schon nicht im Uebermaß gefüllt war. Eine solche ungleichmäßige Behandlung der verschiedenen Bevölkerungsschichten muß den entschiedensten Widerspruch hervorrufen, der auch einen Widerhall finden würde in den Reihen der Millionen, die heute draußen im Schützengraben ihr Leben in die Schanze schlagen.

Es muß anerkannt werden, die Regierung hat sich nicht von dem Interesse der Produzenten- und Handelswelt bei ihren letzten Maßnahmen leiten lassen, denn in diesen Kreisen ist natürlich der Anreiz zu hohen Preisen und guten Gewinnen schwer zu unterdrücken. Die Regierung ist zurückgetreten von einem Mittel, das wirkungslos bleiben muß und zu einer Züchtigung der ärmeren Volksklassen ausarten konnte.

Nachdem der Versuch, die Getreidepreise zu erhöhen, vereitelt worden ist, wendet sich das Bemühen mit besonderem Eifer der Erhöhung der Kartoffelpreise zu. Es ist bekannt, daß besonders in Händlerkreisen ein starker Widerwille gegen die Preisbindung für Kartoffeln bestand. Man verlangte die Aufrechterhaltung der freien Konkurrenz, unter der schon eine Zeitlang der Doppelzentner Kartoffeln bis zu 12 M. und darüber hinaufgeschraubt war. Warum verlangt man nun jetzt wieder die Heraufsetzung der Höchstpreise oder noch besser Aufhebung der Preisfestsetzung? Man behauptet, daß auch Kartoffeln nicht in dem Bestand vorhanden sind, daß wir frei schalten und walten können. Wenn wir hier auch sparen müssen, so wäre es die höchste Zeit, die Branntweinbrennerei vollständig zu untersagen, um diese Kartoffeln für andere Zwecke zur Verfügung zu haben. Man will ferner durch die höheren Preise für Kartoffeln den Landwirten einen Anreiz geben, die Kartoffeln bei guten Preisen für die menschliche Nahrung zur Verfügung zu stellen, anstatt im großen Umfang an das Vieh zu verfüttern. Wir wissen, uns fehlen wichtige und große Mengen von Futtermitteln, die wir in Friedenszeiten vom Ausland einführen. Für den Landwirt bleibt also nichts übrig, als das fehlende Futter durch die Verwendung von Kartoffeln zu ersetzen.

Kann daran eine höhere Preisfestsetzung für Kartoffeln etwas ändern? Das würde sicher in merkbarer Weise nicht eintreten. Die Viehpreise werden in nächster Zeit, wenn nicht eine Preisfestsetzung stattfindet, eine solche Steigerung erfahren, daß die Kartoffelpreise im gleichen Tempo hinaufgeschraubt werden müßten, um die Wirkung zu erzielen, Kartoffeln nicht als Viehfutter zu benutzen. Wo soll das hinführen?

Unseren bisherigen Verbrauch an Kartoffeln hat die Produktion decken können. Es wäre aber möglich, daß die größere Verwendung in diesem Jahre uns zur Vorsicht nötigt, um nicht an diesem wichtigen Hilfsmittel für unsere Nahrungsmittelversorgung Mangel zu leiden.

Liegt diese Gefahr vor, dann heißt es auch hier die Anordnung zu treffen, die bei der Verwendung der Getreidevorräte nötig war, in diesem Fall Einschränkung der Verwendung der Kartoffeln für die Viehfütterung. Das wird aber nicht anders zu erreichen sein, als durch größere Abschlachtung des Viehs. Die Maßnahme ist außerordentlich hart, empfindlich für die Landwirtschaft und auch für den Fleischkonsum, aber es gibt keinen anderen Weg, der uns zum Ziel führt.

Lieber eine Verringerung des Fleischkonsums, als ein eventueller Mangel an einem Nahrungsmittel, das der ärmeren Bevölkerung unentbehrlich ist.

In einer Zeit, wo wir damit rechnen müssen, wahrscheinlich ist diese Befürchtung übertrieben, daß uns die genügenden Lebensmittel fehlen können, der ärmeren Bevölkerung das ihr gehörige Nahrungsmittel, die Kartoffel, im Preise erhöhen, würde als ein schwerer Schlag empfunden werden, der mit seiner ganzen Härte nur die ärmeren Volksschichten trifft. Heute, wo Millionen Frauen und Kinder auf die dürftige Unterstützung angewiesen sind, an diese sich zu wenden, ihr müßt höhere Aufwendungen machen für eure dürftigen Ansprüche im Haushalt, wäre eine Härte, die auch in den maßgebenden Kreisen mit dem nötigen Verständnis gewürdigt werden sollte. Ein für allemal sollte diese Beunruhigung beseitigt werden, es liegt im Interesse einer inneren Kräftigung des Landes.

Unsere wirtschaftliche Bereitstellung muß sich nicht nur bemühen, die vorhandenen Nahrungsmittel in zweckmäßiger Weise zu verteilen, sondern auch die Bevölkerung davor schützen, daß sie nicht eines Tages die Vorräte durch ihre Preishöhe der ärmeren Volksklasse als unerreichbar entrücken werden, um sie nur den Zahlungsfähigen zu offerieren. Das muß vermieden werden. In dieser ernsten Zeit müssen alle zusammenhalten, dem steht aber die Verpflichtung gegenüber: Keine Maßnahmen, die wichtige Interessen einer großen Bevölkerungsschicht aufs schwerste verletzen und die geeignet sind, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu schwächen!

Politische Uebersicht.

Aus der Reichstagsfraktion.

Die Fraktion hat sich gestern in eingehender Weise mit der Frage des Friedens beschäftigt. Außerdem hat sie sich mit einer Anzahl wichtiger sozialpolitischer Anregungen befaßt. In allen diesen Fragen wurde eine erfreuliche Uebereinstimmung erzielt.

In den Fraktionsvorstand wurde an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Ledebour Genosse Hoch gewählt.

Als Etatsredner wurden die Genossen Haase und Scheidemann bestimmt.

Im Anschluß an die im „Vorwärts" veröffentlichte Erklärung Liebknechts faßte die Fraktion folgenden Beschluß:

„Die Fraktion weist die Behauptung, daß die Bewilligung der Kriegskredite den Interessen des Proletariats, dem Parteiprogramm und den Beschlüssen der internationalen Kongresse widerspricht, mit aller Entschiedenheit zurück.

Was die Verbreitung irreführender Mitteilungen an das Ausland durch Gen. Liebknecht betrifft, so wurde mehr als genug festgestellt, um den Beschluß der Fraktion zu rechtfertigen."

Weiter hat die Fraktion folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Fraktion erklärt den von Ledebour gegen die Geschäftsführung des Fraktionsvorstandes erhobenen Vorwurf der Verschleppungs- und Vertuschungspolitik als jeder tatsächlichen Grundlage entbehrend und verurteilt sein Vorgehen aufs schärfste."

Ein Zeitungsverbot.

Wegen Aufnahme eines Artikels über Kardinal Mercier ist das Erscheinen des „Fränkischen Volksblattes" vom stellvertretenden Generalkommando des zweiten bayrischen Armeekorps für drei Tage verboten worden.

Erörterung der Friedensbedingungen.

Im „Tag" setzt C. Raschdau die Erörterung über die Notwendigkeit der öffentlichen Besprechung von Friedensbedingungen fort. Er schreibt:

„Es mehren sich in den Zeitungen stetig die Aeußerungen namhafter Politiker, die es für erwünscht, ja für notwendig erachten, daß die bisher von der Zensur verhinderte oder doch eingeschränkte Besprechung der Bedingungen, unter denen Deutschland Frieden schließen könne, zugelassen werde. Ein angesehener Parteiführer hat in einer Zeitschrift die Besorgnis ausgesprochen, daß der jetzige Zustand sich schließlich dem eines überheizten Kessels vergleichen lassen werde, dessen Sicherheitsventil geschlossen, und daß dann die Möglichkeit einer Explosion nicht abzuweisen sei. Niemand wird die Bedeutung und die Wichtigkeit der Frage verkennen. . . .

Gewiß, der zurzeit bestehende Zustand, daß in der Oeffentlichkeit nicht besprochen werden soll, was alle Welt bei uns bewegt, ist schwer zu ertragen, und für die, die sich eifrig mit der Zukunft unseres Landes beschäftigen, besonders schwer, denn sie hegen die Besorgnis, daß unter der Fülle von Möglichkeiten, die sich, je nach dem Stand der großen Ereignisse, bieten können, auch den erfahrensten und bestberatensten Staatsmännern Wichtiges und Bedeutsames entgehen kann, und daß der unter Umständen wohltätige Einfluß der öffentlichen Meinung bei der Schnelligkeit der Entwickelung völlig ausgeschaltet bleibt. Heut leben wir in dem Zustande, daß wir die Frage der Friedensbedingungen wie einen dunklen Familienvorgang, wie das „Gespenst im Hause" behandeln, von dem man nur unter vier Augen redet."

Allerdings hält Raschdau den Tag für die Erörterung der Friedensbedingungen noch nicht gekommen. Als Grund dafür gibt er im Kern den an, daß bei freier Diskussion die Wünsche zu überspannt und phantastisch ausfallen und damit nur Schaden anrichten würden:

„Zu den Nachteilen dieser öffentlichen Darstellungen aber ist nicht bloß die Verwirrung zu rechnen, die sie bei uns im Lande und in seiner bisherigen Geschlossenheit anrichten können, sondern auch die Wirkung auf das Ausland, und zwar ganz besonders das neutrale Ausland. Es erscheint nicht geraten, diese Betrachtung hier weiter auszudehnen und in Einzelheiten einzutreten. Nur so viel möchte ich an dieser Stelle andeuten, daß unser Verhältnis zu unseren Gegnern nicht durchweg vom Standpunkte des glücklichen Ueberwinders aus betrachtet und beurteilt werden sollte. Wir werden in diesem Kampfe den Sieg davontragen, aber wir siegen nur darum, weil jedes Kind vom ersten Tage ab bei uns erkannt hat, daß wir um unser ganzes Dasein kämpfen, und weil jeder, Soldat und Bürger, für eine höhere Sache kämpft als unsere Gegner. Aber diese unvergleichliche, nie dagewesene Opferbereitschaft und ihre guten Erfolge dürfen uns nicht zu Uebertreibungen führen, die unsere Sache schädigen müssen. . . . Nicht die Besprechung einzelner Friedensbedingungen an sich erscheint heute bedenklich, wohl aber die Maßlosigkeit der Programme mit ihren Rückwirkungen auf In- und Ausland."

Wir glauben versichern zu können, daß es an besonneneren Stimmen dagegen nicht fehlen wird; daher erscheint uns der Einwand Raschdaus hinfällig.

Höchstpreise für Schweine.

Die Preise für Schweine sind von Markt zu Markt in den letzten Monaten gestiegen; auf dem gestrigen Berliner Viehmarkt betrug die Höchstnotiz für den Zentner 105 M., bezahlt wurden sogar bis 112 M.; und die Annahme ist durchaus begründet, daß, wenn nichts geschieht, um Einhalt zu tun, die Schweinepreise noch weiter und ohne Grenze in die Höhe gehen werden. Dieser Zustand ist, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" ausführt, unerträglich und im höchsten Grade bedenklich, und die Regierung darf diesem Treiben nicht länger mit verschränkten Armen zusehen, sondern muß ihm durch Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine einen Damm setzen. Ein innerer Grund für das maßlose Hinaufschrauben der Schweinepreise ist nicht vorhanden; es ist lediglich eine Folge der behördlichen Aufforderung an die Bevölkerung, sich mit Fleischdauerware beizeiten zu versorgen, und der Nötigung der Gemeinden, ebenfalls große Mengen Fleischdauerware für die Zeit der Knappheit einzulagern. Das Verbot der Verfütterung von Roggen und Gerste und die notwendig gewordene Abschlachtung eines sehr beträchtlichen, nach Millionen zählenden Teiles unseres Schweinebestandes müßte ja eher einen Rückgang der Schweinepreise nach sich ziehen. Ein weiteres unberechtigtes Steigen der Schweinepreise muß verhindert werden; sonst würde der Genuß des unerschwinglich teuren Schweinefleisches für weite Schichten der Bevölkerung unmöglich werden und die Mahnung zur Einlagerung von Dauerware keine ausreichende Verwirklichung finden können. Die Regierung gesteht jetzt selbst ein, daß sie viele Maßnahmen auf dem Gebiete der Volksernährung früher hätte ergreifen sollen. Möge sie in der Frage der Höchstpreise für Schweine nicht die gleiche Schuld zu bereuen haben!

Zur Brotfrage.

Die „Landeszeitung für Neustrelitz" erfährt aus angeblich zuverlässiger Quelle, daß im Bundesrat über die Einführung eines Einheitsbrotes für das ganze Reich Verhandlungen schweben, die jetzt zum Abschluß gelangt sind. Eine Verfügung des Bundesrats sei zu erwarten.

Nahrungsmittelvorsorge durch die Stadt.

Die Stadt Köln hat auf ihren 49 eigenen Hofgütern eine Gesamtfläche von 150 Hektar mit Wintergemüse bepflanzt. Ferner hat sie die Grundeigentümer von Bauplätzen usw. aufgefordert, ihr das Land kostenlos zur Bewirtschaftung zu überlassen. Die Ländereien werden parzellenweise an Minderbemittelte zum Anbau von Kartoffeln und Gemüse abgegeben. Es haben sich in wenigen Tagen über 500 Bewerber für diese Parzellen gemeldet. Als Dünger stellt die Stadt den Straßenkehricht zur Verfügung. Der städtische Lebensmittelverkauf erstreckt sich jetzt auf Kartoffeln, Heringe, Schmalz und wird demnächst auf Sauerkraut und Hülsenfrüchte ausgedehnt. Für die Verproviantierung sind bisher acht Millionen Mark aufgewendet.

Nachdem die Stadt Köln bisher die Kartoffeln nur zentnerweise verkauft hatte, gibt sie jetzt auch zehnpfundweise zu 45 Pf. ab, um so den Aermsten die Benutzung der städtischen Verkaufsstellen zu ermöglichen. Am Mittwoch war der Andrang in der Hauptmarkthalle so gewaltig, daß die Absperrvorrichtung durchbrochen und Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung herbeigerufen werden mußte. Trotzdem gelang die Wiederherstellung der Ordnung nicht, so daß der städtische Kartoffelverkauf für diesen Tag geschlossen werden mußte. Mehrere Frauen wurden im Gedränge ohnmächtig. Unter den Tausenden befanden sich Leute, die stundenweit aus Vororten gekommen waren und zwei Stunden gewartet hatten, um 10 Pfund Kartoffeln für 45 Pf. zu erstehen.

Zentrum und „Burgfrieden".

Im Reichstagswahlkreis Eichstätt, in dem eine Nachwahl stattzufinden hat, haben auf Anregung der Zentrumspartei die anderen Parteien, Liberale und Sozialdemokraten, beschlossen, von der Aufstellung eigener Kandidaten Abstand zu nehmen und den Burgfrieden streng zu wahren. Dieses Entgegenkommen hinderte die Zentrumspartei nicht, gleichwohl mit einem Wahlaufruf an die Oeffentlichkeit zu treten, der sich in scharfen polemischen Wendungen gegen Andersdenkende ergeht und die religiöse Frage, wie das in Zentrumskreisen üblich ist, zu Angriffen benützt. Ob unter solchen Umständen viel Neigung bestehen wird, auf den vom Zentrum ausgegangenen Vorschlag, während des Krieges generell alle Wahlkämpfe ruhen zu lassen, einzugehen, ist sehr zweifelhaft.

Oberbürgermeister Adickes gestorben.

Am Donnerstag früh ist in Frankfurt a. M. der frühere Oberbürgermeister von Frankfurt Dr. Franz Adickes im Alter von 69 Jahren gestorben. Schon seit jungen Jahren stand Adickes im kommunalen Dienst, zuerst in Dortmund, dann in Altona und seit 1891 in Frankfurt a. M. als Nachfolger Miquels, dem Adickes als Nationalliberaler auch politisch nahestand. Adickes war als kommunalpolitischer Praktiker und Theoretiker außerordentlich rührig. Besonders betätigte er sich auf dem Gebiet der Gemeindebesteuerung und der städtischen Bodenpolitik. In späteren Jahren verblaßten seine bürgerlich-sozialreformatorischen Ideen etwas. Mehrfach ist er auch als Kandidat für preußische Ministersessel genannt worden, hat aber nach Mitteilungen liberaler Blätter freiwillig auf einen solchen Posten verzichtet.

Kriegssitzung der Hamburger Bürgerschaft.

Auf Antrag des Senats bewilligte die Bürgerschaft am Mittwoch die Mittel zur Errichtung eines verbesserten Meldewesens für einlaufende Schiffe und zum Ausbau der Hafenanlagen. Die Arbeitslosigkeit ist beträchtlich zurückgegangen. Hauptsächlich ist dies günstige Ergebnis bewirkt durch verständiges Zusammenarbeiten der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen und durch die vom Statistischen Bureau eingeleitete Zusammenfassung des bisher in Hamburg arg zersplitterten Arbeitsnachweiswesens. Die Fraktionen der Grundeigentumsvertreter beantragten den Erlaß der Grundsteuer für die während des Krieges nicht eingehenden Mieten. Der Antrag, der zunächst an den Senat geht, wurde im Prinzip angenommen.

Zwei weitere Anträge, die erst während der Sitzung eingingen und demnächst zur Beratung kommen, sind ebenfalls durch den Krieg hervorgerufen. Ein Antrag verlangt Einführung des Schießunterrichts in den oberen Klassen der Fortbildungs- und höheren Schulen. Der andere Antrag fordert Bereitstellung von Mitteln für die baldige Erbauung eines Hamburger Kriegsinvalidenheims.

Bemerkenswert ist noch, daß erstmals ein Sozialdemokrat in eine Verwaltungsbehörde des Hamburger Staates gewählt wurde, was bisher die bürgerliche Mehrheit stets „prinzipiell" ablehnte. Zum Mitglied der Behörde für das Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen wurde Genosse Emil Krause erwählt.

Grenzen der Humanität.

Zu unserer Notiz in der Montagsausgabe werden wir gebeten, mitzuteilen, daß die Anfangsworte des kritisierten Artikels in der „Kreuz-Zeitung" lauten:

„Man spricht zurzeit von der Möglichkeit, die Bevölkerung des von Deutschland besetzten Gebietes vor den Schrecken einer Hungersnot zu bewahren. Wir Deutschen sind die letzten, die hierzu nicht die Hand bieten würden."

Unseres Erachtens wird dadurch der von uns besprochene weitere Passus nicht abgeschwächt. Er lautete:

„Eine Bevölkerung zu ernähren auf Kosten der Deutschen, der die Möglichkeit absichtlich von ihrer eigenen Regierung und deren Bundesgenossen genommen wird, sich mit Hilfe der neutralen Mächte selbst zu helfen, wäre nichts weiter als ein Wahnsinn. England, dieser Freund Frankreichs und Belgiens, bildet sich ein, wir Deutsche wären diesem Wahnsinn verfallen, wenn es jetzt, nachdem Millionen Einwohner ihrer Verbündeten in unsere Hand gegeben sind, noch den Versuch macht, eine Getreidezufuhr nach Belgien und über die Schweiz bezw. Italien nach Frankreich aus Amerika zu verhindern. Einem solchen verbrecherischen und verräterischen Treiben gegenüber kann nicht oft und laut genug betont werden, daß kein deutscher Soldat aus Not seinen Riemen auch nur ein Loch enger schnallen darf, ehe die von uns besetzten Gebiete dem Hungertyphus preisgegeben sind. Die Engländer allein tragen die Verantwortung dafür. Bei ihnen mögen sich die verratenen Freunde bedanken."

Unserer Auffassung nach liegt eine Pflicht, nach Möglichkeit für Ernährung der Gefangenen und der Bevölkerung im besetzten Feindesland zu sorgen, stets vor.

Letzte Nachrichten.

Unterseeboote für England.

London, 4. Februar. (W. T. B.) Nach einem Bericht der „Associated Preß" werden in Kanada 20 Unterseeboote für England gebaut, wovon zehn vor diesem Herbst abgeliefert werden sollen.

Aus der Partei.

Eine Abwehr.

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" veröffentlicht in ihrer letzten Nummer (52) des Jahres 1914 einen langen Artikel vom Redakteur dieses Blattes Dr. Aug. Müller über den „Zentralverband deutscher Konsumvereine im Kriegsjahre 1914". Dieser Artikel enthielt in der Einleitung einen unmotivierten Angriff gegen bestimmte Ansichten in der sozialdemokratischen Partei. Dieser Angriff war auch in der Form äußerst verletzend. So hieß es z. B.:

„Wer sich jetzt Stunden ungetrübter Heiterkeit bereiten will, dem kann nur empfohlen werden, einmal nachzulesen, welche Rolle der Weltkrieg in der Phantasie der marxistischen Katastrophentheoretiker gespielt hat. Alle diese angenehmen Herrschaften aus Holland, Rußland, Polen, Galizien und anderen interessanten Ländern, die seit Jahrzehnten von der deutschen Arbeiterschaft als Lehrer und Wortführer ertragen werden mußten ... Zwanzig, dreißig Jahre sind die deutschen Arbeiter mit diesem Blödsinn gefüttert worden ..."

Diese deplazierte Polemik in der Zeit des „Burgfriedens" hat jetzt zu einem Protest aus Konsumvereinskreisen selbst geführt. Am 24. Januar tagte in Düsseldorf eine Konferenz der Verwaltungsmitglieder des Konsumvereinsverbandes für Rheinland-Westfalen. Dort wurde der Angriff besprochen und gegen nur zwei Stimmen folgende Resolution beschlossen:

„Die Konferenz kann sich mit der Schreibweise des Herrn Dr. Müller in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" nicht einverstanden erklären. Ganz besonders entspricht der Artikel in Nr. 52 in der Form nicht den Ansichten der versammelten Vertreter und auch nicht der Stellung der deutschen Genossenschafter auf den Genossenschaftstagen und auf dem Internationalen Kongreß in Hamburg. Die Versammelten sind vielmehr der Ansicht, daß die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" so redigiert werden muß, daß durch das Verhalten der deutschen Genossenschaftspresse keine Schwierigkeiten entstehen bei der Wiederaufnahme der internationalen Verbindungen nach dem Kriege. Ferner halten die anwesenden Vertreter die „Rundschau" nicht für die richtige Stelle, wo Herr Dr. A. Müller seine persönlichen Ansichten über die Theorien der Sozialdemokratie zum Austrag bringen kann. Der Wunsch der Versammlung geht dahin, daß die „Rundschau" keiner Partei die Mitarbeit an der Genossenschaftsbewegung verleidet."

Die Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre.

Die Elberfelder „Freie Presse" übernimmt die von uns gemachten Bemerkungen zu der Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre und schreibt im Anschluß daran: „Diesen Bemerkungen des „Vorwärts" fügen wir hinzu, daß der Bericht über die fragliche Versammlung auch uns zugegangen ist. Wir verzichten auf seinen Abdruck, da schon seine äußere Gestaltung tendenziös anmutet. Die Kritik des „Vorwärts" an diesen Vorgängen halten wir für berechtigt.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Donnerstag, den 4. Februar. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg. Ochsenfleisch Ia 80—90, do. IIa 73—79, do. IIIa 69—72; Bullenfleisch Ia 78—83, do. IIa 69—77; Kühe, fett 63—68, do. mager 53—59, do. dänische 50—55; Fresser 56—70, Fresser, dänische, 50—62, Bullen, dänische, 54—66; Kalbfleisch, Doppellender 125—135; Mastkälber Ia 90—105, do. IIa 65—88; Kälber ger. gen. 45—55. Hammelfleisch: Mastlämmer 90—96; Hammel Ia 85—90, do. IIa 78—84; Schafe 80—85. Schweinefleisch: Schweine fette 95—106, sonstige 90—94, dän. Sauen 72—76. — Gemüse, inländisches: Kartoffeln, Dabersche 50 kg 0,00; weiße Kaiserkronen 0,00; Magnum bonum 0,00; Boltmann 0,00—0,00; Porree, Schock 0,50—1,00; Sellerie, Schock 4,00—7,00; Spinat 50 kg 15,00—28,00; Mohrrüben 4,00—5,00; Wirsingkohl Schock 5,00—11,00; Wirsingkohl 50 kg 6,50—7,00; Weißkohl Schock 5,00—11,00, Weißkohl 50 kg 7,50—8,00; Rotkohl, Schock 5,00—11,00; Rotkohl 50 kg 6,50 bis 7,00; Grünkohl 50 kg 8,00—12,00; Kohlrüben 50 kg 4,50—7,00; Teltower Rüben 50 kg 12,00—16,00, Märkische Rüben 50 kg 4,00—12,00; Rosenkohl 50 kg 20,00—30,00, Meerrettich Schock 6,00—14,00; Petersilienwurzel Schockbund 4,00—6,00; Zwiebeln 50 kg 13,50—15,00, Rhabarber, Hamburger, Bd. 0,12—0,15. Apfelsinen: italienische 50 kg 7,00—11,00, dito 200 Stück 8,00—9,00. 300 St. 9,00—10,00, Murcia 200 St. 8,00—13,00, dito 300 Stück 8,00—14,00. Messina 160 St. 10,00—12,00, 200 St. 7,00—9,00, 300 St. 8,00—10,00. Messina Blut-80 St. 8,50—9,00, do. 100 St. 7,00—8,75, do. 150 St. 7,00—10,00. Spanische 420 St. 15,00—21,00, do. 714 St. 18,00—25,00, do. 1064 St. 21,00—36,00, do. 420 St. large 23,00—30,00.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Bei den Kämpfen in Rußland fiel unser Genosse, der Schlosser

Fritz Drewitz

Sozialdemokrat. Wahlverein Niederbarnim. Bez. Reinickendorf-Ost.

Freireligiöse Gemeinde.

Am 3. Februar verstarb nach kurzem Leiden unser langjähriges Vorstandsmitglied 55/4

Jean Lützler

im 45. Lebensjahre. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Beerdigung findet am Sonntagnachmittag 3 Uhr von der Halle unseres Friedhofes, Pappelallee 15—17, aus statt.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis

Stralauer Viertel. Bezirk 293.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Abteilungsführer, der Arbeiter

Johann Lützler,

Caprivistr. 18, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Freireligiösen Friedhofes, Pappelallee, aus statt. 219/14

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Bezirk 125.

Am 3. Februar starb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Genosse, der Arbeiter

Wilhelm Kettel

Gräfestr. 32.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. Februar, nachmittags $2^1/_2$ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

221/6 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreis.

Abteilung 1a. Bez. 418.

Am 3. Februar verstarb nach längerem Siechtum unser Parteigenosse

Hermann Baude

Elbinger Straße 44

im Alter von 44 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, vom Zentral-Friedhof Friedrichsfelde aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

222/7 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Johannisthal.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 2. d. Mts., der Genosse

Heinrich Schmitt

Tapezierer, Trützschlerstr. 2, nach kurzem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Johannisthaler Gemeinde-Friedhofes aus statt.

Um rege Beteiligung der Parteigenossen bittet

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubendreher

Hermann Baude

am 2. Februar an Gehirnschlag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

131/17 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter

Wilhelm May,

Schwedter Str. 48,

im Alter von 61 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Zionsgemeinde in Niederschönhausen-Nordend aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

96/11 **Die Ortsverwaltung.**

Am 27. Januar verstarb auf dem Schlachtfelde im Osten an den Folgen eines Kopfschusses mein inniggeliebter Mann, der Heizer

Albert Kasulke

Unteroffz. im Res.-Reg. Nr. 59.

In tiefem Schmerze [1378

Witwe **Berta Kasulke.**

Du warst so gut und starbst so früh, Wer Dich gekannt, vergißt Dich nie.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Zahlstelle Berlin.

Am 3. Februar verstarb nach langer Krankheit unser Kollege, der Flaschenkellerarbeiter

Hermann Bredlow

(Schultheiß I).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 6. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Schönhauser Allee 51 nach dem Gethsemane-Kirchhof, Niederschönhausen, statt. 47/18

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Am Sonntag, den 24. Januar, verstarb nach langem Leiden unser langjähriger und treuer Sangesbruder

August Würdig.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten. 4A

Männergesangverein Namenlos.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Packer

Georg Borchert

von der Firma Müller am 3. Februar 1915 im Alter von 38 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mts., nachmittags $2^1/_2$ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Fritz Fendler

am 2. Februar im Alter von 43 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Friedhofes in Wilhelmsberg aus statt.

70/16 **Die Bezirksverwaltung.**

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands

Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Herrenmaßschneider, Kollege

Gustav Blümel

am 2. Februar im 55. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle der St. Simeons-Gemeinde in Britz, am Mariendorfer Weg, aus statt.

165/16 **Die Ortsverwaltung.**

Köpenick.

Den Genossen sowie allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß uns unser innigggeliebter und einziger Sohn und Bruder

Willi Wurl

im Alter von 11 Jahren durch Ertrinken plötzlich entrissen wurde.

Dies zeigen an

Die trauernden Eltern und Geschwister. 1458

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Grünauer Str. 43 aus statt.

Mechaniker-Kittel • Schlosser-Anzüge

kaufen Sie am besten und billigsten in dem **größten Spezialgeschäft** von

Kohnen & Jöring, Arbeits- und Berufs-Kleidung

Alexanderstraße 12. Rosenthaler Straße 53. Landsberger Allee 148. Neukölln, Bergstr. 66.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk 4.

Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Wilhelm Schwenzer

am 2. Februar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der St. Andreas-Gemeinde in Wilhelmsberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

255/5 **Der Vorstand.**

Verband der Sattler u. Portefeuiller

Ortsverwaltung Berlin.

Den Kollegen hiermit zur Mitteilung, daß unser Mitglied, der Sattler

Heinrich Schmitt

Werkstatt Luftverkehr

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Johannisthal aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

158/16 **Die Ortsverwaltung.**

Männergesangverein „Hilaritas"

(Mitgl. d. D. A.-S.-B.).

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz fiel unser treuer Sangesbruder

Otto Getzke

Winsstraße 58.

Reich an Humor! 20R

Immer gern gesehen!

Er hatte nur Freunde!

Ruhe sanft!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Bureau geöffnet von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.

Sonntag, den 7. Februar 1915, vormittags 10 Uhr:

Fortsetzung der

Branchen-Versammlung

der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher sowie Rundschleifer

in **Obiglos Festsälen** (früher Keller), gr. Saal, Koppenstr. 29.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

131/16 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

Heute Freitag, den 5. Februar, abends $8^1/_2$ Uhr:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Versammlungen:

Möbelpolierer, Bezirk Weißensee: Sonntag, 7. Febr., vormittags 10 Uhr, im „Prälaten", Lehderstr. 122.

Ladentischler: Sonntag, den 7. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Hermel Nachf., Holzmarktstr. 21.

Bautischler, Bez. I, Süden, Südwest, Schöneberg Montag, den 8. Februar, abends $5^1/_2$ Uhr, bei Rabe, Fichtestr. 29.

Bautischler, Bezirk II: Montag, den 8. Februar, abends 6 Uhr, bei Brainer, Weidenweg 85.

Tischler, Bezirk Norden: Montag, den 8. Februar, abends 6 Uhr, bei Büttner, Schwedter Straße 23.

Tischler, Bezirk Süden: Sonntag, den 7. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Ewald, Schönleinstr. 6.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. **Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.** 2. **Neuwahl der Kommission.** 3. Verbandsangelegenheiten.

Achtung, Jalousiearbeiter!

Die **Zahlstelle 51** wird verlegt von Seydelstr. 22 nach Seydelstr. 30 bei Wegener.

96/12 **Die Ortsverwaltung.**

Verkäufe.

Teppich-Thomas. Oranienstr. 44 spottbillig farbfehlerhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. 10R*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße. *

Singermaschine 10,00. Neanderstraße 27, Hof parterre. 230/6*

Möbel.

Preise nur jetzt im Kriege, nie wiederkehrend: Englische Bettstelle 28, Ruhebett 24, englischer Ankleideschrank mit Wäscheabteil und Facettespiegel 88, derselbe etwas kleiner 63 Mark, Bücherschrank, Trumeau 30, Chaiselonguedecke 9,50, Vertiko, Kleiderschrank mit Verglasung 48, Sofa 36, großer Teppich 21, wundervolle, billige Schlafzimmer, herrliche, billige Wohnzimmer, Küche siebenteilig 58, Schreibtisch 38, Ausziehtisch 16, Rohrstuhl 3,50, Waschtoilette 19. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. *

Teilzahlung bei günstigsten Bedingungen. Möbelhaus Gabbert, Aderstraße 54. *

Kriegshalber vollständige Wohnungseinrichtung, alles noch neu 225,—. Rosenthalerstraße 57, vorn III bei Glas. (Gewerblich.) Händler verbeten. 10/18*

Möbelkredit. Komplette Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke. Geringste Anzahlung, bequemste Abzahlung. Kredithaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, nahe Jannowitzbrücke. *

Für Flüchtlinge: Kleiderschränke 8,—, 12,—, 18,—, Tische 3,—, 6,—, Waschkommode 10,—, Zylinderbureau 25,—, Stuhl 2,—, Ruhebett 18,—, Bettstelle mit Matratze 8,—, 12,—, 15,—, Roquetsofa 25,—, Kücheneinrichtung, auch lackiert, enorm billig. Möbelhaus Osten, Gelegenheitskäufe, Andreasstraße 30. 55R

Kaufgesuche.

Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinaabfälle, Zahngebisse, Goldsachen, Silberabfälle, Höchstpreise! „Metallschmelze Cohn", Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. *

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 1/12*

Fahrradgesuch Linienstraße 27. *

Fahrradgesuch. Schrader, Weberstraße 42. 10/17*

Platin. Goldsachen, Silbersachen, Zahngebisse, Stanniol 2,—, Quecksilber, Glühstrumpfasche kauft Blümel, Auguststraße 19. 246/3*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 16. *

Vermietungen.

Wohnungen.

Charlottenstraße 87 kleine Wohnungen sofort billig. 6875*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Niemetzstraße 10. *

Stellenangebote.

Anstreicher, schwindelfrei, die auch rüsten können, für Flensburg sofort gesucht. Deutsche Steinholzwerke, Heidestraße 15, I. 1024b*

Portierstelle mit Laden, 9 Jahre Schuhmacherei, auch zu jedem anderen Geschäft. Fürbringerstraße 5, Wirt. 1028b

Korbmacher und Einbinder für 98er sofort gesucht. Oskar Anding, Neue Roßstraße 8. 1029b

Tüchtige Helfer bei hohem Lohn sucht Ferd. Paul Krüger, Kunstschlosserei, Neukölln, Glasowstr. 42/43.

Monteur für elektrische Heizapparate gesucht. Michaelis u. Co., Bergmannstraße 102. 1031b

Blusenstepperin, Zusammensetzerin, im, außerm. Giertz, Beusselstraße 21. †51

Meister oder Vorarbeiter zum Bohren, Polieren und Fassen für **Diamant-Ziehsteine** wird für **sofort** gesucht. Es wird nur auf tüchtige Kraft, die alle einschlägigen Arbeiten vollkommen beherrscht, reflektiert. Dagegen wird selbständige Stellung bei gutem Gehalt garantiert. Ang. m. Gehaltsanspr. an

Voigtländer & Lohmann

Metallfabrikations-G. m. b. H.

Essen (Ruhr). *

Schreibmaschinen-Reparateure,

einige gut empfohlene, für dauernde Arbeit suchen sofort

Schäfer & Clauss,

Berlin W. 8, Leipziger Str. 19.

Lieferant an Militärbehörden. *

50 Zimmerleute

stellt sofort ein Betriebsleiter **Kaufmann,** Weißensee, **Franz-Josephstraße** (Fabrikgeb. Frönsdal).

Wirtschaftswagen-Justierer

und junger **Lackierer**

für dauernde Beschäftigung gesucht.

Fritz Puppel, Grätzstr. 59

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

„Kriegssozialismus.“

In der Frankfurter „Volksstimme“ finden wir den nachstehend abgedruckten Artikel des Genossen Dr. Paul Lensch über „Kriegssozialismus“:

Daß es wirklich eine revolutionäre Epoche ist, die wir durchleben, dafür ist die Einführung des Reichsgetreidemonopols ein überwältigender Beweis. In solchen Sturmzeiten der Revolution lernen alle Klassen der Gesellschaft, und nicht zuletzt auch die herrschenden, ganz merkwürdig schnell. Vor wenigen Monaten noch galt bei ihnen der Sozialismus und die mit ihm verbundene Gedankenwelt als schlechthin lächerlich, heute müssen sie im Sozialismus den einzigen Retter aus der Not der Zeit erkennen, und es war nur eine ungewollte Kennzeichnung der Situation, als bei den Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und unseren Genossen, die der Einführung des Getreidemonopols vorangingen, das Scherzwort fiel: „Den halben sozialistischen Staat haben Sie ja schon, den ganzen können Sie doch nicht gleich verlangen!“

In der Tat bedeutet — und es liegt im Interesse unserer Agitation, darauf mit viel größerem Nachdruck hinzuweisen, als es bisher geschehen ist — die Einführung des Getreidemonopols den größten praktischen Triumph, den bisher der Sozialismus über den Kapitalismus errungen hat. Und gerade der Umstand, daß die Regierung durch ihr allzulanges Zögern bewies, wie blutsauer ihr dieser Schritt wurde, daß sie sich zu ihm erst verstand, als sie erkannte, daß nichts und gar nichts sonst noch helfen könnte, erhöht nur die Bedeutung dieses Triumphes. Die kapitalistische Produktionsweise, oder genauer gesagt, die Methode der kapitalistischen Aneignung ist zusammengebrochen: dieses Eingeständnis müssen jetzt angesichts der ganzen Welt die Leute machen, die sich bisher als die berufenen Schützer des Kapitalismus gefühlt hatten und denen jede andere Wirtschaftsform bisher als total unmöglich erschienen war. Das klingt fast wie Ironie und ist doch harte Wirklichkeit.

Es ist überflüssig, zu sagen, daß die Verstaatlichung der Bodenprodukte, wie sie das Getreidemonopol vorsieht, noch nicht die Verstaatlichung von Grund und Boden selber ist, wie sie das Parteiprogramm verlangt. Also Sozialismus in unserem Sinne ist es noch nicht, und der Vollsmund hat ja auch für die Maßregeln, zu denen sich die Regierung seit Kriegsbeginn gezwungen sah, das gute Wort: Kriegssozialismus geprägt. Aber so mangelhaft dieser Kriegssozialismus auch ist, so wenig viele Maßregeln der Regierung schamlose Spekulantengewinne verhindern konnten, einige sogar sie noch ungewollt vergrößert haben, so ist doch schon dieser Kriegssozialismus imstande, aus zahllosen Köpfen festgefrorene Vorurteile gegen den Sozialismus wegzuschmelzen. Vollkommen fertig und gepanzert, wie Athene aus dem Haupte des Zeus, wird der Sozialismus überhaupt nicht in die Erscheinung treten. Er wird der kapitalistischen Gesellschaft in zäher Arbeit abgerungen werden, von einer Anerkennung zur anderen wird sie sich dem Neuen, dem Werdenden, dem Grauenhaften gegenüber gezwungen sehen, und da kann man in der Tat vom Getreidemonopol das gleiche sagen, was Marx einst vom Zehnstundentage sagte: es ist ein Sieg des Prinzips. Der Weltkrieg, der seiner wirtschaftlichen Bedeutung nach dem Imperialismus erst mal eine große Bresche eröffnen wird, der uns nicht in die Gefilde der Völkerverbrüderung und des ewigen Friedens, sondern zunächst in die Epoche eines wirklich weltumfassenden Kapitalismus und schärfster Klassenkämpfe führen wird, er muß mitten im gewaltigsten Sturm der Ereignisse vor dem Sozialismus salutieren: ohne dich komme ich nicht weiter!

Mit vollem Recht wies die „Volksstimme“ darauf hin, daß namentlich auf dem Lande eine geradezu frevelhafte Verschwendung von Getreide bei der Viehfütterung usw. stattfand, und daß die agrarische Bevölkerung sich als nicht fähig erwiesen habe, ihre Wirtschaft und ihren Verbrauch nach allgemeinen Wohlfahrtsrücksichten einzurichten. Gerade hier kommt eine besonders schwache Stelle der kapitalistischen Gesellschaft zum Vorschein. Die Produktion der Lebensmittel, also die wichtigste Funktion der Gesellschaft, bleibt heute noch der auf dem Privatbesitz von Grund und Boden beruhenden Vorzellenwirtschaft überlassen, wo die Anwendung einer entwickelten Technik von vornherein ausgeschlossen ist und wo der geistige Zusammenhang mit der Gesellschaft auch heute noch überaus dürftig ist. Der Kapitalismus ist gezwungen, das wichtigste Bedürfnis der Gesellschaft, die Produktion der Lebensmittel, einer Gesellschaftsklasse zu überlassen, der Wissen und Mittel fehlen, um die Errungenschaften der Technik voll auszunutzen und die Ergiebigkeit des Bodens auf die erreichbar höchste Stufe zu bringen. Und gerade hier rächten sich die Mängel Kapitalismus am schärfsten und wandten sich am deutlichsten gegen ihn selber. Gerade das Versagen der ländlichen Bevölkerung in sozialer Voraussicht und allgemeiner Wohlfahrtspflege bei der Verwendung des Brotgetreides hat am meisten mit zur Einführung des Getreidemonopols beigetragen. Ohne dieses soziale Versagen hätten wir den sozialistischen Triumph nicht erlebt.

Freilich handelt es sich bei alledem nur um Kriegssozialismus. Das Wort kennzeichnet deutlich genug den provisorischen Charakter aller Maßregeln, die augenblicklich im Interesse der Allgemeinheit getroffen werden. Ob irgend etwas und wieviel von diesem Kriegssozialismus den Krieg überdauern wird, das hängt von Faktoren ab, die jetzt noch unübersehbar sind. In erster Linie allerdings wird es von den politischen Machtverhältnissen der Parteien und der Klassen nach dem Kriege abhängen. Je stärker die Arbeiterklasse ihre Organisationen, die gewerkschaftlichen wie die politischen, durch den Krieg hindurchbringt, je kraftvoller sie sich nach dem Kriege auszubauen in der Lage ist, desto mehr hat sie Aussicht, von dem provisorischen Kriegssozialismus unserer Tage wertvolle Teile hinüberzuretten in die Tage der Zukunft. Auch in Zukunft werden die politischen Fragen in der Hauptsache Machtfragen bleiben, und noch nie war es für die deutsche Arbeiterklasse so wichtig, sich kräftige Machtpositionen aufzuwerfen für ihre zukünftigen Klassenkämpfe, wie eben jetzt. Tritt sie an die gewaltigen Entscheidungen, die uns die Tage des Friedens bringen werden, mit zerrissener Front, dann ist sie geschlagen, bevor der Kampf beginnt. Nie tat ihr Einheit und Geschlossenheit mehr not, denn jetzt.

Soweit der Artikel des Genossen Lensch. Da ähnliche Ausführungen auch in anderen Parteiorganen gemacht worden sind und wohl weiter erscheinen werden, halten wir es für notwendig, kurz auf die Frage einzugehen, inwieweit die Bundesratsverordnung vom 25. Januar sozialistische oder halbsozialistische Fortschritte bringt.

Vergegenwärtigen wir uns den Inhalt der Bundesratsverordnung. Nachdem in den ersten sechs Kriegsmonaten mit Brotgetreide eine noch ärgere Spekulation als in Friedenszeiten getrieben worden war, entschloß sich die Regierung zu einer Beschlagnahme aller Getreide- und Mehlvorräte. Die Uebernahme durch die zur Beschlagnahme berechtigten Gemeinden und Kriegsgetreide-Gesellschaft erfolgt zu den seit sechs Monaten hochgetriebenen Marktpreisen oder zu den ebenfalls unnötig hoch festgesetzten Höchstpreisen. Die Produzenten und Händler, denen die Vorräte abgenommen werden, erhalten demnach etwa den gleichen Preis, den sie auch bei freihändigem Verkauf erzielt haben würden. Durch die Beschlagnahme findet also weder eine Kürzung der Bodenrente noch des Handelsprofits statt. Ja, die ganze Maßnahme stellt noch nicht einmal die Verstaatlichung des Getreidehandels im eigentlichen Sinne dar, geschweige denn eine „Verstaatlichung der Bodenprodukte“. Bei einer Monopolisierung des Getreidehandels ist der Staat der selbständige Träger aller Kaufs- und Verkaufsvorgänge. Nach der jetzigen Verordnung kontrolliert und beschränkt der Staat nur die Handelsoperationen zwischen den Lieferanten und den Gemeinden beziehungsweise der Kriegsgetreidegesellschaft. Gemeinden und Kriegsgetreidegesellschaft verkaufen ihre Vorräte dann weiter mit entsprechenden Aufschlägen an die Abnehmer (Bäcker) und die Konsumenten zahlen schließlich für Mehl und Brot einen Preis, in dem die Bodenrente des Produzenten, der Handelsprofit der Zwischenhändler und der Kapitalprofit der Mühlen und des Bäckers voll realisiert sind. Wie da ein sozialistisch geschulter Politiker behaupten kann: „Die kapitalistische Produktionsweise oder genauer gesagt, die Methode der kapitalistischen Aneignung ist zusammengebrochen“, bleibt uns schleierhaft.

Die Behauptung, die jetzige bundesrätliche Verordnung liege auf dem halben oder ganzen Wege zum Sozialismus, beruht auf einer Verwechselung sozialistischer mit sozialdemokratischen Forderungen. Unser Programm enthält eine Reihe von Forderungen, die (wie z. B. „Weltlichkeit der Schule“) auch innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft durchaus realisierbar sind und nichts spezifisch Sozialistisches enthalten. Ihre Verwirklichung würde daher keineswegs einen Fortschritt „zum“ Sozialismus bedeuten. Uebrigens erhebt das Erfurter Programm eine Forderung auf Errichtung von Staatsmonopolen nicht. Die Partei hat sich zu einer solchen Forderung stets kritisch verhalten. Auf dem Erfurter Parteitag 1891 ist ein Antrag, die Reichstagsfraktion möge die Verstaatlichung des Getreidehandels fordern, durch Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt worden. Wir erwähnen das nur im Zusammenhang mit der Frage des „Kriegssozialismus“, ohne aber damit uns gegen die Forderung von zweckmäßigen, den Konsumenten dienstbaren Monopolen zu wehren. Jedenfalls bedeutet die Einführung eines Staatsmonopols noch nicht einen Triumph des Sozialismus über den Kapitalismus. Denn dann hätte der Sozialismus in Rußland und Oesterreich schon gewaltige Triumphe gefeiert.

Was Sozialismus ist, sagt unser Erfurter Programm sehr klar:

„Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.“

Nun gibt es — wenn Begriffe einen Sinn haben sollen — Sozialismus nur in diesem, unseren Sinne, und in keinem anderen. Jedenfalls trägt es nicht zur Klärung und Erkenntnis der Gegenwart bei, wenn man andere, veraltete, unwissenschaftliche Begriffe des Sozialismus aufwärmt. Feiert doch in diesen Tagen selbst die alte „Harmonielehre“ bei Sozialdemokraten ihre lustige Urständ! Die Bundesratsverordnung hat uns recht und schlecht und spät eine Art Staatsmonopol gebracht, aber nicht den halben oder viertel Sozialismus. Es ist nicht einmal der Sieg eines neuen Prinzips, denn staatliche Monopole gibt es seit langem, in Deutschland wenigstens Ansätze dazu (Regelung der Kalliproduktion).

Etwas Neues birgt die Bundesratsverordnung allerdings, und das ist die Beschränkung des individuellen Konsums. Die Regelung der Bedarfsdeckung wird nun in einer sozialistischen Gesellschaft wahrscheinlich die Folge der Organisierung der Produktion sein. Aber sozialistische Forderungen sind trotzdem und wohl überlegterweise bisher nur auf die Regelung der Produktion bezogen worden, weil darin allein Wesen und Kern einer neuen Gesellschaft ruhen werden und nur so eine gesellschaftliche Wandlung erzielt werden kann. Die Beschränkung der individuellen Bedarfsdeckung tritt notwendigerweise in jeder belagerten Festung ein. Aber solche Notstandsaktionen haben nichts mit Sozialismus zu tun. Deutschland ist gegenwärtig etwa in der Situation einer belagerten Festung und daher die Konsumbeschränkung für Brot. Der Sieg eines sozialistischen Prinzips müßte doch gerade von der Arbeiterschaft begrüßt werden. Aber wir zweifeln sehr, ob die Tatsache, daß pro Kopf in der Woche nur 4 Pfund Brot verbraucht werden dürfen, bei den Arbeiterfrauen auf uneingeschränkte Zustimmung gestoßen ist.

Das, was sich in Zukunft für die sozialdemokratische Agitation wird verwenden lassen, liegt darin, daß eine staatliche Regelung komplizierter ökonomischer Vorgänge möglich ist. Bisher hat man auf gegnerischer Seite oft behauptet, ein so großer Organisationsapparat lasse sich nicht schaffen und zweckmäßig in Funktion halten. Die Reichsverteilungsstelle und die Kommunen werden zeigen, daß bei gutem Willen derartige Aufgaben lösbar sind, was ja auch schon durch die Tatsache der einheitlichen Bewegung und Verpflegung von Millionenheeren bewiesen wird. Der Fortschritt der Bundesratsverordnung liegt lediglich darin, daß eine derartige Organisierung nun für die Zivilbevölkerung — wenn auch nur im militärischen Interesse — vorgenommen wird.

Wenn wir Wert darauf legen, den eigentlichen Charakter der Bundesratsverordnung klarzulegen, so geschieht das gerade im Interesse unserer Agitation. Es ist leicht möglich, daß von übelwollenden Leuten später die unangenehmen Begleiterscheinungen der allerdings notwendigen Regelung dem Prinzip des Sozialismus in die Schuhe geschoben werden und damit gerade gegen sozialistische Forderungen agitiert werden wird, obgleich natürlich der Sozialismus nie und nimmer für die mit dem Kriege notwendig verbundenen Unbequemlichkeiten verantwortlich gemacht werden kann.

Nur wenn man die Bundesratsverordnung als eine staatliche Kriegsmaßregel erkannt, der wir natürlich ebenso zustimmen, wie etwa einer ausreichenden Hinterbliebenenfürsorge, wird man der Entstehung von Illusionen vorbeugen, die für die Arbeiterbewegung gefährlich werden könnten.

Volksernährung im Kriege.

In dem „Lehrkursus über Volksernährung im Kriege“ sprach gestern Prof. Dr. Elzbacher über:

Deckung des Fehlbetrags:

Es ist Tatsache, daß wir einen gewaltigen Anteil unseres Ernährungsbedarfs vom Auslande bezogen haben. Das deutsche Volk ist aber würdig, die Wahrheit zu hören, und wir gestehen es daher offen ein, daß unsere Lage furchtbar ernst ist. Es muß uns klar werden, daß uns von dem, was wir bisher verbraucht haben, an Nährwerten ein Viertel, an Eiweiß sogar ein Drittel fehlen. Das klingt schlimm, ist aber nicht so schlimm. Wir müssen uns andererseits auch klar werden, daß wir ein wohlhabendes Volk waren, das einen gewissen Luxus getrieben hat und daher mehr verbrauchte, als notwendig war. Wir müssen uns nun eben mehr nach der Decke strecken. Allerdings übersteigen die bei Kriegsbeginn bei uns erzeugten Nährwerte um ein Fünftel unseren physiologischen Bedarf. Bei Eiweiß war der Vorrat dem Bedarf etwa gleich. Dagegen ist aber zu beachten, daß der Mangel an Futtermitteln zur Verringerung unseres Viehbestandes führen muß und zur Verringerung der menschlichen Nahrungsmittel geführt hat. Leider haben wir uns nicht rechtzeitig genug der Lage angepaßt und 6 Monate lang in den Tag hineingelebt. Wir sind indessen in der Lage, die Erzeugung von Nährwerten im Inland im nächsten Erntejahre zu steigern. Wir müssen aber den fortwährenden Verlust bei dem Umwandlungsprozeß der Nahrungsmittel auf ein Mindestmaß herabdrücken. Wir brauchen keine Leiden auf uns zu nehmen, sondern es ist nur nötig, daß wir unsere Gewohnheiten etwas ändern. Das können wir aber mit Leichtigkeit, wenn die Einsicht vorhanden ist, daß wir nicht nur militärisch, sondern auch volkswirtschaftlich den Kampf zu führen haben. Jede Ausfuhr von Nahrungsmitteln muß unter allen Umständen unterbleiben. Bei Kriegsbeginn machten sich Bestrebungen geltend, Zucker auszuführen, da man glaubte, daß wir für die große Menge Zucker, die wir früher ausgeführt hatten, keine Verwendung haben würden. Man darf aber nicht an das einzelne Nahrungsmittel denken, sondern muß die Nährwerte als Ganzes nehmen. Deshalb darf kein Zucker ins Ausland gehen.

Der Redner erörtert dann die Mittel, um das vorhandene Defizit zu vermindern, namentlich nach der Richtung der Beseitigung der Umwandlungsverluste bei den Nahrungsmitteln. Von dem, was man an Nährwerten verfüttert, bekommt man beim Schwein nur 41 Proz. als Fleisch und Fett heraus, von Eiweiß nur 21 Proz. Beim Schlachtrind ergibt das Futter nur 40 Proz. Fleisch und Fett und wir bekommen nur 20 Proz. von dem den Tieren eingegebenen Eiweiß zurück. Wir müssen bedenken, daß wir 25 Millionen Schweine und 21 Millionen Rinder haben und berücksichtigen, was da an Nährwerten verbraucht wird. Besonders schlimm ist es bei den Nährwerten, die auch für die menschliche Nahrung verwendbar sind, wie Kartoffeln, Roggen, Gerste und Milch. Das Schwein hat man als unseren neunten Feind bezeichnet. Dann verweist der Redner noch auf die Verluste bei der Umwandlung von Milch in Buttermilch, bei der Fabrikation von Stärkemehl und bei der Herstellung von Alkohol. Eine wesentliche andere Hilfe ist, daß wir die Vergeudung von Nahrungsmitteln vermeiden. Wie groß diese Vergeudung ist, darüber macht man sich meist gar kein klares Bild. Geheimrat Rubner hat die Berliner Kanalabwässer auf ihren Fettgehalt untersuchen lassen und da ergab sich, daß auf den Kopf jedes Einwohners pro Tag 20 Gramm Speisefett kommen! Dann muß auch noch die Vergeudung durch das schlechte Kartoffelschälen genannt werden. Durch das Schälen geht uns ein Sechstel der Kartoffel verloren. Bei einem Verbrauch von jährlich 14 Millionen Tonnen Kartoffeln macht das über 2 Millionen Tonnen! Beim Brot müssen wir uns klar werden, daß das Wort unserer Väter, daß es Sünde ist, mit dem Brot leichtfertig umzugehen, uns in unserer Zeit allzusehr aus dem Gedächtnis entschwunden ist. (Stürm. Zustimmung.) Ebenso leichtsinnig sind wir mit den Obst- und Fleischresten umgegangen. Wenn man all diese Vergeudungen vermeidet, können wir ein Zehntel bis ein Fünftel unserer Nährwerte als neugeschenkt betrachten. Was auf die Städte hinsichtlich der Vergeudung der Genußmittel zutrifft, trifft vielfach auf das Land hinsichtlich der Verwendung der Futtermittel zu. Das sind unsere großen Hilfsquellen.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Anbauflächen erweitert werden. Der Landwirtschaft erwächst die Aufgabe, für gute Bodenbearbeitung zu sorgen trotz dem Mangel an Arbeitskräften. Sie muß weiter auch für gute Düngung sorgen und für beste Aussaat. Die wichtigste Aufgabe unserer Landwirtschaft im Augenblick ist aber, dafür zu sorgen, daß unser Viehstand erheblich eingeschränkt wird, und solche Tiere, die Nahrungsmittelkonkurrenten des Menschen sind, zu schlachten. Aufgaben auf Nebengebieten wären die Einschränkung der Brennerei, Brauerei usw. Die Industrie kann viel tun, indem sie möglichst viel Kots erzeugt, wobei das wertvolle Ammoniak geliefert wird, weiter muß die Industrie für die Konservierung unserer Obst- und Gemüsegestände sorgen. Große Aufgaben haben aber auch die Konsumenten, insbesondere in der Stadt. Ihre größte Aufgabe ist, weniger tierische und mehr pflanzliche Nahrungsmittel zu sich zu nehmen. Auch für eine Steigerung des Zuckerverbrauchs müssen wir sorgen, der in Amerika noch einmal so stark ist wie bei uns und in England noch erheblich größer. Vieles haben die staatlichen Maßnahmen schon erzielt, manches kann aber noch geschehen. Es ist auch nicht richtig, daß niedrige (?) Höchstpreise für Kartoffeln festgesetzt wurden. (?) Das bedeutet eine Gefahr, da der Landwirt dadurch in Versuchung gerät, bei der großen Futternot Kartoffeln zu verfüttern.

Stimmen aus der Parteipresse.

In einer überaus stark besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 1. Hamburger Wahlkreis sprach am Freitagabend Reichstagsabgeordneter Scheidemann. Die Haltung, die unsere Reichstagsfraktion am 4. August eingenommen, und die Erklärung, mit der sie ihre Haltung begründete, sei von der erdrückenden Mehrheit der Parteigenossen gebilligt und im Volke mit Genugtuung begrüßt worden. Daran könnte heute nicht der geringste Zweifel mehr bestehen. Selbst in Bremen, wo er am Abend vorher gesprochen, habe er dafür die Zustimmung der ebenfalls stark besuchten Versammlung gefunden. Aber eine andere Haltung sei für eine Volkspartei auch gar nicht möglich gewesen, wenn wir uns nicht mit unserer ganzen bisherigen Tätigkeit in Widerspruch setzen wollten. Wir sind niemals Feinde des Vaterlandes oder Gegner seiner Verteidigung gewesen, sondern haben uns stets gegen den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit entschieden gewehrt. Wir machten also mit der Bewilligung der Kriegskredite nur wahr, was wir immer gesagt haben. Es gibt nun freilich Dogmatiker, die anderer Meinung sind. Einer von ihnen, Pannekoek, hat in der ausländischen Presse darüber Mitteilungen gemacht, was in der deutschen Reichstagsfraktion vor dem 4. August vorgegangen ist. Aber was er und andere, größtenteils anonym, in der ausländischen Presse den deutschen Arbeitern empfohlen haben, ist für uns nicht einmal diskutabel. Soweit es geeignet ist, falsche Meinungen über die Stimmung des deutschen Volkes zu verbreiten, müssen wir es energisch zurückweisen. Unter dem Sozialistengesetz haben wir Leute, die sich in ähnlicher Weise gegen unsere Sache versündigten, Spitzel genannt. Was heute von einzelnen getrieben wird, ist nichts anderes als Spitzelarbeit. Die Partei wird sich dagegen zu wehren wissen. Wir müssen es aber auch ablehnen, uns in

Zukunft noch über unsere praktische Tätigkeit von Leuten belehren zu lassen, die vor lauter Theorie den Blick für die Bedürfnisse unseres eigenen Volkes verloren haben. Der deutsche Arbeiter hat hohe Achtung vor großer Gelehrsamkeit, gleichviel woher sie kommt, wenn aber die Gelehrten uns nur Knüppel zwischen die Beine werfen wollen, pfeifen wir auf sie. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Scheidemann ging dann näher auf den Begriff Volk und Vaterland ein. Wer der verschrobenen Idee huldige, daß, um den internationalen Sozialismus zu verwirklichen, alle Nationen sich auflösen müßten in einem großen Völkergemisch, der brauche nur nach Amerika zu gehen. Dort seien alle möglichen Völker durcheinandergewürfelt. Und was ist die Folge? Der Kapitalismus herrscht so ungehemmt wie nirgendwo in der Welt, und die Arbeiterbewegung ist schwächer als bei uns. Ganz falsch ist auch die Auffassung, als ob wir durch unser Verhalten nun eine Regierungspartei geworden seien. Wir haben mit der Regierung heute so viel und so wenig zu tun wie vor dem Krieg. Wir arbeiten mit ihr zusammen, um die durch den Krieg erzeugte Not zu lindern, wir versuchen unseren Einfluß geltend zu machen, um unnötige Härten der Zensur usw. zu beseitigen, und merkwürdigerweise werden wir zu diesem angeblichen „Kuhhandel" zumeist durch solche Parteiblätter veranlaßt, die sich für die radikalsten halten. Was wir getan haben und was wir weiter tun werden, das geschieht nicht der Regierung zuliebe, sondern das tun wir für uns, für das Volk. Wir erwarten daher auch keine Gegenleistung der Regierung dafür. Wir wissen, daß wir nach dem Kriege wie vorher kämpfen müssen, und wollen keine Belohnung für Wohlverhalten, denn wir haben, wie alle anderen, nur unsere Pflicht getan.

Genosse Scheidemann wandte sich weiter der Frage zu, die er kürzlich in einem Leitartikel des „Echo" behandelte. Durchhalten! Das muß jetzt die Parole sein. Wenn der Reichskanzler das gleiche Wort gebrauchte, so brauchen wir daran keinen Anstoß zu nehmen. Es gibt keinen besseren Ausdruck für das, was jetzt notwendig und allein möglich ist. Es hat auch niemand sagen können, was wir denn anders tun sollten. Die Stimmen, die aus dem Ausland zu uns gedrungen und ihren Ursprung anscheinend in Deutschland haben, sind so unsinnig, daß ernste Menschen sich nicht damit zu befassen brauchen. Niemand in Deutschland kann Deutschlands Niederlage wünschen. Und wenn nun in Frankreich und England als Kriegsziel die Seeherrschaft dieser Länder, die Niederwerfung und Verkleinerung Deutschlands gefordert wird, dann müssen wir eben durchhalten, bis dieses Ziel unserer Feinde vereitelt ist. (Beifall.) Wir können nicht wünschen, daß das Opfer unserer kämpfenden Brüder umsonst gebracht, daß das Blut so vieler Söhne unseres Landes vergebens geflossen sein soll. Wir dürfen nichts tun, was ihren Mut, ihre Widerstandskraft lähmen könnte. Das deutsche Volk hat bis jetzt in seiner Ernährung unter diesem fürchterlichen Krieg noch nicht so zu leiden gehabt wie andere Völker. Wenn es jetzt mit der Ernährungsfrage infolge der Aushungerungspläne Englands auch für uns ernster wird, so wollen wir uns ohne Murren in die harte Notwendigkeit fügen. Wohl wäre es besser gewesen, wenn die Regierung früher die Maßregeln ergriffen hätte, die unsere Partei und die Gewerkschaften schon im August vorschlugen, aber es wäre töricht, nun, wo diese Maßregeln zur Sicherung der Ernährung endlich gekommen sind, sie als verspätet abzulehnen. Wir müssen im Gegenteil alles tun, um sie so wirksam wie möglich durchführen zu helfen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ueber die Zukunft, so führte Scheidemann zum Schluß aus, machen wir uns gar keine Illusionen. Es gibt Schwarzseher, die behaupten, dem deutschen Volke werde es nach diesem Kriege nicht anders ergehen als nach 1813. Darauf habe er, Redner, zu erwidern: **Es wird unzweifelhaft wieder so kommen, wenn die Quertreiber die Oberhand bekommen.** (Stürmischer Beifall.) Aber er habe auch die feste Zuversicht, daß das deutsche Volk, daß insbesondere die deutschen Arbeiter es sich nicht gefallen lassen, daß derartige Dummheiten gemacht werden. Einig, wie wir in den Krieg gezogen sind, wollen wir wieder daraus hervorgehen, um dann den **neuen Kampf für die freiheitliche Entwickelung Deutschlands** im Innern ebenso geschlossen und einmütig aufnehmen zu können. (Langanhaltender, starker Beifall.)

Unser Leipziger Parteiblatt schreibt dazu im Anschluß an den Bericht:

Wir wollen auf eine eingehende Betrachtung dieser Rede verzichten. Nur einige kurze Bemerkungen müssen wir machen.

Mit der unanfechtbaren Feststellung, der niemand widersprechen wird, daß die deutschen Sozialdemokraten keine Vaterlandsfeinde sind und niemand von uns die Niederlage Deutschlands wünschen kann, ist zur Lösung der von Scheidemann besprochenen Fragen herzlich wenig getan.

Für sehr unglücklich halten wir die Ausführungen Scheidemanns über die „Spitzel" und gegen die Theoretiker. Ueber die Berechtigung mancher Sätze, die über die deutsche Sozialdemokratie nach dem Ausland geschrieben wurden, kann man sehr abfällig urteilen; aber deswegen hat niemand das Recht, die Verfasser als Spitzel zu verdächtigen. Der Spitzel will der Partei schaden, will ihren Feinden nützen. Daß die betreffenden Genossen das wollen, wird Scheidemann selbst nicht zu behaupten wagen. Der Gebrauch des übel berufenen Wortes ist deshalb eine Leichtfertigkeit, wenn nicht Schlimmeres. Eine unbequeme Theorie endlich überwindet man nicht durch wohlfeile verächtliche Reden über die Theoretiker, durch Reden, die sehr verdächtig nach der Glorifizierung der schwieligen Faust schmecken, sondern nur durch sachliche Widerlegung.

Recht unangebracht ist die Redewendung von dem „sogenannten" Kuhhandel, zu dem gerade Blätter, die sich für besonders radikal halten, den Parteivorstand nötigen sollen. Genosse Scheidemann könnte schon wissen, weshalb die Blätter der anderen Richtung nicht in diese Verlegenheit kommen können.

Billig ist auch die Polemik gegen jene, die ein Aufgehen aller Nationen in ein unterschiedsloses Völkergemisch fordern. Wir wissen nicht, ob es solche Käuze in der deutschen Sozialdemokratie gibt, sie sind uns jedenfalls noch nicht vorgekommen. Gibt es sie, so werden sie so gering an Zahl sein, daß es wirklich nicht nötig war, Parteivorstandskanonen auf sie abzufeuern.

Sehr schlimm ist der Ausfall am Schluß gegen die „Quertreiber". Aber wir verstehen ihn — er ist die Rückversicherung der Genossen, die sich mit allerlei schönen Hoffnungen für die Zukunft tragen. Erfüllen sie sich nicht, so ist nicht die Art dieser Hoffnungen, so ist nicht der falsche Blick ihr Träger, sondern dann sind die bösen „Quertreiber" die Schuldigen. Ein bequemes Rezept.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Bäcker und Konditoren im Jahre 1914.

Der soeben herausgegebene Jahresbericht der Berliner Verwaltung des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren sagt unter anderem: Der Krieg hat die Verhältnisse im Bäckergewerbe über den Haufen geworfen. Die Organisation war mit den Vorbereitungen einer Lohnbewegung für 1915 beschäftigt. Die Streiks in zwei Berliner Großbäckereien hatten kein Ergebnis. Mit anderen Großbetrieben wurden Tarifverhandlungen angebahnt, denen der Ausbruch des Krieges ein jähes Ende bereitete. An den ersten Tagen der Mobilmachung wurden 700 Mitglieder zum Heere einberufen. Dadurch entstand ein augenblicklicher Mangel an Arbeitskräften. Doch bald änderte sich die Situation. Gelernte Bäcker, die in anderen, durch den Kriegsausbruch stillgelegten Erwerbszweigen beschäftigt waren, strömten dem Bäckergewerbe wieder zu. Dadurch wurde nicht nur der Mangel an Arbeitskräften beseitigt, sondern es trat ein Ueberangebot ein, so daß die Zahl der arbeitslosen Bäckergesellen bedeutend stieg. Diese Situation nutzten viele Bäckermeister aus, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Insbesondere verweigerten sie den freien Tag, die Bezahlung der Ueberstunden und glaubten, die Tarifbedingungen allgemein aufheben zu können. Die Verbandsleitung machte ihren Einfluß geltend, um die betreffenden Meister zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzuhalten. Der Innungsvorstand wurde durch ein Schreiben vom 17. August ersucht, seine Mitglieder aufzufordern, daß sie nicht die durch den Krieg geschaffene Notlage zuungunsten der Gesellen ausnutzen. Auf dies Schreiben hat die Verbandsleitung jedoch keine Antwort erhalten. Dagegen berichtete die Innungszeitung, Obermeister Schmidt habe in einer Vorstandssitzung über das Schreiben des Verbandes gesprochen und erklärt, die Löhne seien nicht im Sinken, sondern im Steigen begriffen, der Vorstand werde den Verbandsmitgliedern gestatten, den Arbeitsnachweis der Innung zu benutzen. — Dieser Arbeitsnachweis hatte allerdings einen Mangel an solchen Gehilfen, die bereit gewesen wären, in Kost und Logis bei schlechten Löhnen zu arbeiten. Um diesem „Mangel" abzuhelfen, wollte die Innung die Gemeindebehörden veranlassen, die Bäckerlehrlinge vom Besuch der Fortbildungsschule zu befreien, damit sie in der Arbeit länger ausgenutzt werden könnten. Ferner wurden Behörden und Vereine ersucht, die Bäckergesellen allgemein von den Unterstützungen auszuschließen, da ein Mangel an Arbeitskräften bestehe. Infolgedessen gab der Vorstand des Nationalen Frauendienstes die Weisung, Bäckergesellen nicht zu unterstützen. Die Verbandsleitung wies dagegen nach, daß zu jener Zeit im paritätischen Arbeitsnachweis gegen 300 arbeitslose Bäcker eingeschrieben waren, und daß jede gemeldete Stelle, wenn annehmbare Arbeitsbedingungen geboten wurden, drei- bis viermal besetzt werden konnte. Als Lohndrücker wollten sich die Verbandsmitglieder natürlich nicht gebrauchen lassen.

Von den Berliner Mitgliedern des Verbandes sind mehr als 1300 zum Militär eingezogen. In Wirklichkeit ist die Zahl noch größer, denn es haben sich nicht alle Eingezogenen abgemeldet. Infolge dieses Abganges, sowie des völligen Stilliegens der Konditoreien, Pfefferkuchen- und Zuckerwarenfabriken in der ersten Kriegszeit entging dem Verband ein großer Teil der Einnahmen an Beiträgen. Die Lücken, welche der Krieg in die Reihen der Funktionäre gerissen hatte, wurden bald wieder ausgefüllt. Die Agitation wurde mit dem Erfolg betrieben, daß während des Krieges bis zum Jahresschluß 299 neue Mitglieder aufgenommen wurden. An Beiträgen wurde mehr geleistet, als der Zahl der vorhandenen Mitglieder entsprechend erwartet werden konnte. So konnte man von der Erhebung eines Extrabeitrages Abstand nehmen und trotzdem in den Monaten September bis Dezember außer den sonstigen Unterstützungen 13 130 Mk. an die Familien der Kriegsteilnehmer zahlen. Mit einem großen Teil der im Felde stehenden Mitglieder steht die Verbandsleitung in enger Fühlung. Sie bekommen ihre Fachzeitung, und den Vertrauensleuten sendet der Verband auch den „Vorwärts" nach.

Neben den Einflüssen des Krieges sind die sonstigen Ereignisse im Verbande vor geringer Bedeutung. Vom paritätischen Arbeitsnachweis sagt der Bericht, daß ein ziemlich erheblicher Rückgang der Vermittelungen zu verzeichnen ist. Das erklärt sich aus dem Kampf, den sowohl die Bäckerinnungen als auch der Vorstand des Zentralvereins für den Arbeitsnachweis gegen denselben führt. Im paritätischen Arbeitsnachweis wurden im Laufe des Jahres 2868 Arbeitsuchende eingeschrieben. Von den 2704 gemeldeten festen Stellen wurden 2481 besetzt. Aushilfsarbeiten wurden für 39 611 Aushilfstage vergeben zu einem Tagelohn von 5,50 Mk. Am Schluß des Jahres waren noch 165 Arbeitslose eingeschrieben.

Die Mitgliederzahl ist von 5306 am Jahresanfang auf 3383 am Jahresschluß zurückgegangen. Diese Anzahl besteht aus 2921 Bäckern, 151 Konditoren, 148 männlichen und 134 weiblichen Mitgliedern in Schokolade- und Zuckerwarenfabriken, 10 Hilfsarbeitern in Bäckereien und 19 Lehrlingen.

Der Kassenbericht verzeichnet eine Einnahme von 152 549 Mk., eine Ausgabe von 137 270 Mk. und einen Bestand von 15 279 Mk. Für Unterstützungszwecke wurden ausgegeben: an Arbeitslose 37 528 Mk., an Kranke 23 301 Mk., an Reisende 327 Mk., an Kriegerfamilien 13 130 Mk., an Streikende 5551 Mk., Sterbegeld 755 Mk., Umzugsbeihilfe 140 Mk. Die Gesamtsumme der Unterstützungen beträgt 80 732 Mk.

Zum Schluß betont der Bericht, daß die ungeheure Mehrzahl der hiergebliebenen Mitglieder treu zur Organisation steht. Nur ein kleiner Teil hat den Verband verlassen. Die beim Beginn des Krieges gehegte Befürchtung, bei längerer Kriegsdauer werde die Organisation moralisch und finanziell zusammenbrechen, hat sich als unzutreffend erwiesen.

Die Lage der Berliner Hutmacher war im vorigen Jahre eine äußerst betrübende. Im Anfang war es eine niedergehende Konjunktur, die lähmend auf den Arbeitsmarkt einwirkte. Als dann Mitte des Jahres in der Filz- und Klebehutbranche eine lebhaftere Beschäftigung eintrat, zerstörte der Kriegsausbruch mit einem Schlage alle Hoffnungen. Mit Ausnahme eines einzigen waren zunächst alle Betriebe geschlossen und neun Zehntel der Verbandsmitglieder ohne Arbeit. Durch Aufnahme der Helmfabrikation ist dann allmählich eine Besserung eingetreten. Natürlich hat der gewaltige Umfang der Arbeitslosigkeit die Kasse stark in Anspruch genommen. Arbeitslose wurden 1613 mit 49 524 Tagen gezählt. Sie erhielten 23 168 M. Unterstützung aus der Verbandskasse und 8066 Mark aus städtischen Mitteln. Die allgemeine Lage hat auch ihren Einfluß auf die Mitgliederzahl geltend gemacht. Die Zahl ging von 1115 auf 918 zurück, wobei allerdings noch 98 zum Heeresdienst Einberufene zu berücksichtigen sind.

Die Steinholzleger nahmen in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung die Wahlen zur Kontrollkommission sowie zur Schlichtungskommission vor. Es wurden ferner Mißstände besprochen, die vielfach bestehen. Unter anderm halten einige Firmen die tariflichen Bestimmungen nicht ein. Auch wird der Nachweis des öftern umgangen. Einzelne Redner wünschten, daß das Schiedsamt des Gewerbegerichts angerufen werde, damit es eingreife und auch hier im Interesse des Burgfriedens vermittle. Von 115 organisierten Steinholzlegern und Helfern sind bis jetzt 46 zum Militär eingezogen worden.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung in der Altenburger Seidenhut- und Klapphutindustrie ist aufgehoben. Durch Verhandlungen, angebahnt und geführt von dem Vertreter der Gewerbeinspektion ist die Aussperrung auf der Grundlage folgender Vereinbarung aufgehoben worden: Die Arbeit wird ohne Vertrag und Kündigung aufgenommen. Für die Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten auf unbestimmte Zeit die Bestimmungen des abgelaufenen Tarifvertrags. Jeder Lohnabzug unterbleibt. Es sind das dieselben Forderungen, die von den Ausgesperrten gestellt; aber bisher von den Fabrikanten abgelehnt worden waren.

Aus Industrie und Handel.

Der Krieg und die Eisenindustrie.

Auf dem deutschen Eisenhüttentag in Düsseldorf berichtete Dr. Schrödter über die Wirkung des Krieges auf die Eisenindustrie. Nach der „Köln. Ztg." berichtete er u. a. folgendes: Was zunächst Frankreich anbetrifft, so liegen zurzeit im deutschen Besetzungsgebiet Teile von zehn französischen Departements mit insgesamt 2 100 000 Hektar und 3 255 000 Einwohnern, und damit sind 68,8 Proz. der Gesamtkohlenförderung, 78,3 Proz. vom Koks, 90 Proz. vom Eisenerz, 85,7 Proz. vom Roheisen, 76 Proz. vom Rohstoff (darunter 95,3 Proz. vom Thomasstahl, 76,9 Proz. vom Stahlguß) und nicht weniger als 100 Proz. von Röhren in unserm Besitz. Redner schilderte in sehr anziehender Weise die Bedeutung dieses Besitzes und das, was er auf den Werken selbst beobachtet und festgestellt hat. Die Eisenerzförderung liegt bis auf ganz wenige Felder innerhalb unseres Waffenbereichs, und dasselbe gilt von der ganzen Industrie, die sich von der belgischen Grenze bis zur Nordküste hinzieht. Von den Kohlenfeldern ist ein erheblicher Teil in unserm Besitz, so daß es mit der Kohlenversorgung Frankreichs schlimm aussieht, zumal England nur mangelhaft und zu einem Preise liefert, der etwa um 24 Franken für die Tonne höher ist. Von der maschinenbauenden Industrie Frankreichs, die sich mit der Herstellung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen beschäftigt, haben wir den größten Teil in Händen; nur ein Werk in Belfort gehört noch den Franzosen. Noch ungünstiger sieht es für die Fabrikation schmiedeeiserner Röhren aus, für die die neuen Werke in Aulnoye-Montbard, Louvroil, Valenciennes, Solemnes und Hautmont, in denen zum Teil nach Mannesmann, zum Teil nach dem Priedeverfahren gearbeitet wird, alle im Besetzungsgebiet liegen, so daß die Franzosen beim Bezug von Röhren ebenfalls ihre englischen und amerikanischen Freunde in Nahrung setzen müssen. Die wohlgefüllten Vorräte der Walzwerke, Gießereien und anderer Fabriken erlaubten, unsere Truppen in den Laufgräben schleunigst in Bedarfswaren fast jeder gewünschten Art und Zahl zu versorgen. Die eingesessenen Arbeiter, die zurückgeblieben waren, halfen willig gegen Hergabe von Mehl und Brot, das er auch in einnigen Betrieben herstellte. Kraft und Licht lieferte die wiederhergestellte elektrische Zentrale, wie auch die deutschen Laufgräben zum Teil mit elektrischer Beleuchtung versorgt sind.

Während wir somit diesseits der Laufgräben aus den feindlichen Vorräten schöpfen können, ist die französische Armee zum weitaus größten Teil ihrer Fabrikationsstätten beraubt, und das Land muß nach französischen Zeitungsberichten seine Feldspaten, seine Oefen und dergleichen von seinem Bundesgenossen England oder, wenn dessen Hilfsmittel auch nicht ausreichen, von den Vereinigten Staaten von Nordamerika beziehen.

Ueber Englands Eisenindustrie erfahren wir, daß seit dem Ausbruch des Krieges einige Hochöfen mehr in Betrieb gekommen sein sollen. Andererseits hört man, daß die Beschaffung von Rohstoffen, und zwar von Kohle wegen Mangels an Bergleuten und Ausständen, und von Eisenerz, namentlich zu Hämatitroheisen, wegen geringer Zufuhr aus dem Auslande, immer schwieriger wird. Der Schiffbau soll gut beschäftigt sein, die gesamte Eisenindustrie soll fieberhaft für den Kriegsbedarf Englands und Frankreichs arbeiten, ohne dem Bedürfnis genügen zu können.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hatte man ebenso wie in England darauf gerechnet, Deutschland einen großen Teil seines Außenhandels abzunehmen, namentlich in den südamerikanischen Staaten. Die Rechnung war falsch, nicht nur dort, sondern auch in Nordamerika selbst liegen Handel und Wandel sehr danieder, und man muß schon um sechs Jahre zurückgehen, um auf eine ebenso niedrige Roheisenerzeugung zu kommen wie gegenwärtig. Die Eisenbahnen in Nordamerika haben keine Einnahmen, und die zwischenstaatliche Kommission mußte zu ihrer Aufbesserung die Frachttarife erhöhen.

In unserem Besetzungsgebiet in Rußland liegt zwar auch etwas Eisenindustrie von etwa 25 Proz. der russischen Kohlenförderung. Mit der Kohlenförderung soll es daher in Rußland auch schlecht aussehen, zumal der Eisenbahnbetrieb sehr mangelhaft sein soll. Da die Zufuhr nach Rußland fast gesperrt ist, so ist Geschütz- und Munitionsmangel erklärlich.

Was Belgien betrifft, so ist dort die Eisenindustrie durch die kriegerischen Ereignisse lahmgelegt. Belgien bezog seine Eisenerze von außerhalb und schickte etwa 75 Prozent seiner eigenen Fabrikate ebenfalls in das Ausland. Es ist daher keine Aussicht, unter den heute obwaltenden Verhältnissen die Eisenindustrie in irgendeinem Umfange aufzunehmen, obwohl die deutsche Verwaltung sonst in anerkennenswerter Weise bestrebt ist, die industrielle Tätigkeit wieder zu beleben. Mit der Kohlenförderung ist es in erfreulichem Maße gelungen, indem fast die Hälfte der gewöhnlichen Förderung wieder erreicht ist.

Zur Anleihe des Dreiverbandes.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Kopenhagen: „Politiken" erfährt aus Paris: Die Verhandlungen der Finanzminister der Dreiverbandsmächte werden besonders die Einführung eines normalen Rubelkurses und die Erleichterung der Zahlungen der Kupons der russischen Anleihe in Frankreich betreffen. — Auch die Möglichkeit einer lebhafteren Handelsbeziehung zwischen Rußland und Frankreich soll erörtert werden. — Nach der Pariser Konferenz reist der russische Finanzminister nach London, wo die Frage einer Kollektivanleihe der Dreiverbandsmächte behandelt werden soll.

Erhöhung der Frachtsätze.

Die „Frankfurter Zeitung" erfährt aus London: Die Erhöhung der Frachtsätze hält an. Der argentinische Satz ist jetzt 70, vor Ausbruch des Krieges 12½ Schilling.

Soziales.

Gehalt oder Geschenk für Kriegsteilnehmer?

Mit dieser für die jetzige Zeit wichtigen Rechtsfrage hatte sich die 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zu beschäftigen.

Es handelte sich in dem zur Entscheidung gekommenen Fall um einen Reisenden L., der vor Kriegsausbruch bei der beklagten Firma Max Abel ein Monatsgehalt von 350 M. bezog. Als sich bei Beginn des Krieges der Kläger zum Heeresdienst stellte, wurde ihm für die Kriegszeit eine monatliche Zahlung von 200 M. schriftlich zugesichert. Die ersten Monate erfolgten auch regelmäßig die Zahlungen an die zurückgebliebene Ehefrau, dann stellte sie jedoch die Firma ein. In der Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht machte die Beklagte geltend, daß es sich hier nur um eine Schenkung, nicht um Gehalt handeln könne. Ein Gehalt setze immer eine Gegenleistung voraus, eine solche liege hier aber nicht vor. Eine Schenkung bedürfe indessen zu ihrer Gültigkeit gemäß § 518 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung, die im vorliegenden Falle nicht erfolgt sei. Als die Firma im August dem Kläger das Versprechen machte, habe sie damit gerechnet, daß der Krieg in einigen Monaten beendet sein werde.

Trotz dieser Einwände **verurteilte das Kaufmannsgericht** die Beklagte, an die Ehefrau des im Felde stehenden Klägers monatlich 200 M. bis zur Beendigung des Krieges, längstens jedoch bis zum Schluß dieses Jahres, dem Ablauf des Anstellungsvertrages, zu zahlen. Wenn selbst eine Schenkung vorläge, so heißt es begründend, so würde doch gemäß § 518 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs das Fehlen der notariellen oder gerichtlichen Beurkundung durch die bereits erfolgten Zahlungen ausgeglichen sein. Es könne aber von einer Schenkung gar keine Rede sein, Beklagte wollte sich vielmehr die Kraft des Klägers über den Krieg hinaus für ihr Unternehmen erhalten.

Eingegangene Druckschriften.

Heft 18 der „Neuen Zeit" vom 5. Februar 1915 hat folgenden Inhalt: Stimmungen und Meinungen. Von Gustav Eckstein. — Die Demokratisierung der Diplomatie. Von Eduard Bernstein. — Die Wirkungen des Krieges in der Glas- und Porzellanindustrie. Von Emil Girbig. — Feuilleton: Die Kriegslyrik der ersten Wochen. Von Fritz Elsner.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 141 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Generalkommando des VII. Armeekorps, Feldgendarmerie-Trupp.

Stab der Garde-Ers.-Div. und der 99. Inf.-Brigade.

1. und 3. Garde-Reg. und 2. Garde-Ref.-Reg.

Lehr-Inf.-Reg.

Grenadier- bezw. Infanterie- bezw. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 4, 6, 7, 9, 10, 11, 12, 23 (siehe Komb. Ers.-Bat. d. Inf.-Reg. Nr. 23/63), 24, 35, 37, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 46, 49, 51, 55, 60, 62, 63, 64, 65, 66, 71, 75, 78, 79, 80, 84, 85, 87, 88, 93, 95, 97, 99, 110, 111, 112, 114, 115, 117, 128, 129, 132, 135, 145, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 154, 156, 158, 166, 167, 170, 176; Inf.-Reg. Nr. 1 und 2 der Brigade Doussin; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 5, 18, 23, 27, 28, 30, 31, 32, 33, 39, 40, 46, 48, 61, 63 (siehe auch Komb. Ers.-Bat. d. Inf.-Reg. Nr. 23/63), 64, 65, 66, 72, 80, 82, 83, 86, 91, 93, 94, 99, 130, 201, 205, 207, 214, 215, 217, 218, 219, 222, 227, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 236; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 2; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 5, 10, 13, 24, 26, 27, 39, 40, 46, 48, 61, 62, 65, 66, 83, 110, 116; Komb. Ers.-Bat. der Inf.-Regimenter Nr. 23/63; Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 26, 34, 43, 83; Landw.-Brig.-Ers.-Bat. Nr. 47; Landsturm-Bataillone Allenstein I (siehe Landsturm-Halb-Bataillon Wehlau), Gera, II. Neustrelitz, Samter, Schrimm I; Halb-Bataillon Wehlau; Jäger-Bataillone Nr. 4, 5, 6, 10; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 5, 11, 15, 18 (siehe Festungs-Maschinengewehrzug Nr. 35 und Feldluftschiffer-Abteilung des XXIII. Reservekorps), 22; Garde-Maschinengew.-Abteilung Nr. 1; Reserve-Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 2; Festungs-Maschinengewehrzug Nr. 35.

3. Garde-Ulanen; Kürassiere Nr. 7; Dragoner Nr. 4, 6 (siehe Kav.-Reg. v. Günther und v. Bettendorff), 17, 24; Husaren Nr. 15, 16; Ulanen Nr. 5, 6 (siehe Kav.-Reg. v. Günther), 11, 16; Jäger zu Pferde Nr. 13; Regimenter v. Bettendorff und v. Günther.

1. Garde-Reserve- und 6. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 2, 5, 10, 14, 15, 16, 20, 36, 38, 42, 45, 46, 50, 52, 57, 69; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 11, 14, 43; 2. überplanmäßige Landwehr-Batterie des XI. Armeekorps.

2. Garde-Fußart.-Reg.; Fußart.-Regimenter Nr. 3, 13; Ref.-Fußart.-Reg. Nr. 11; Mörser-Reg. Nr. 12.

Pion.-Regimenter Nr. 19, 23, 25, 29; Pion.-Bataillone: I. Garde, Garde-Ersatz; II. Nr. 1, I. Nr. 2, II. Nr. 3, I. Nr. 6, I. Nr. 8, I. Nr. 14, II. Nr. 16, I. Nr. 17, I. Nr. 21, I. Nr. 27, I. Nr. 28; Pion.-Ers.-Bataillone Nr. 5, 21, und III. Nr. 28; Pion.-Abteilung der 2. Kav.-Div.

Feldluftschiffer-Abteilung des XXIII. Reservekorps; Feldfliegertruppe.

3. Park-Komp. des Abschnitts III der Festung Breslau; Armierungskolonne Nr. 47.

Feldlazarett Nr. 12 des Garde-Reservekorps; Feldlazarett Nr. 1 der Garde-Ers.-Div.; Ref.-Lazarette Frankenstein und Stuhm.

Train-Abt. Nr. 9; Proviant-Kolonne Nr. 6 des XI. Armeekorps; Fuhrpark-Kolonne Nr. 13 des XVII. Armeekorps; Etappen-Fuhrpark-Kolonne Nr. 8; Feldbäckerei-Kolonne Nr. 25. des XXV. Reservekorps.

* * *

Die bayerische Verlustliste Nr. 148 meldet Verluste des 3., 9., 12., 17., 20., 21., 22. Inf.-Reg.; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 7, 10, 11, 12, 14, 15; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 12; Ers.-Inf.-Reg. Nr. 1; 2. Chevauxlegers-Reg. Regensburg; Ref.-Kav.-Reg. Nr. 1; Ref.-Fußart.-Reg. Nr. 1; Pion.-Reg.; 1. Pion.-Bataillon, 2., 3. Pion.-Bat.; 2. Landw.-Pion.-Komp. des I. Armeekorps; 2. Landw.-Pion.-Komp. des II. Armeekorps; Ersatz-Sanitäts-Kompagnie.

Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Die sächsische Verlustliste Nr. 103 enthält Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 100, 106, 107, 133, 139, 178, 181; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 104, 241, 244, 245; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 107, 133; Landst.-Inf.-Bataillone 1. Dresden, 2. Dresden, 1. Leipzig, Pirna; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 63; Ers.-Bataillone, Ref.-Reg. Nr. 104, Landw.-Regimenter Nr. 107, 133; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 12; Fußart.-Reg. Nr. 12; Ref.-Fußart.-Bat. Nr. 19; Pionier-Bataillone I. Nr. 12, II. Nr. 12, I. Nr. 22, II. Nr. 22; Etappen-Flugzeugpark Nr. 3, Flieger-Bat. Nr. 1; Sanitätskomp. 1, XII. Armeekorps; Sanitätskomp. 1, XIX. Armeekorps; Schwere Proviantkolonne Nr. 2, XII. Armeekorps; Feldlazarette 2, 12, XIX. Armeekorps.

Nachrichten aus unvollständigen, feindlichen Gefangenenlisten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 108 veröffentlicht Verluste des Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120; Inf.- und Ref.-Inf.-Reg. Nr. 121; Füs.-Reg. Nr. 122; Gren.-Reg. Nr. 123; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 125; Inf.-Reg. Nr. 127; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 247; Dragoner-Reg. Nr. 25; Feldart.-Reg. Nr. 65; I. und II. Pion.-Bat. Nr. 13; Etappen-Kraftwagen-Park Nr. 7.

Verluste durch Krankheiten usw.

Aus Groß-Berlin.

In der Blumenhalle.

„Schöne Blumen, meine Herren!" Wer kennt nicht diesen Ruf, der tagtäglich bis in die späte Nacht in den Hauptverkehrsadern Berlins erklingt! Frauen sind es meist, die ihn ausstoßen, Frauen mit vom Wetter gebeizten Gesichern. Sie bilden eine der charakteristischsten Noten im Weltstadtgetriebe. Was wäre zum Beispiel der Potsdamer Platz ohne die Blumenverkäufer! Prachtvoll leuchten die Kinder Floras aus den Körben hervor, ob es regnet, ob es schneit, ob der Himmel grau ist oder dunkel. Die Blumen lachen und leuchten. Sie blühen und glühen und zwingen den Vorübergehenden — wenn auch nicht immer zum Kauf, so doch zu einem freundlichen bewundernden Blick.

Blumen auf der Straße, Blumen in den Läden, Blumen bei Begräbnissen, Blumen allüberall! Kennst Du das Land, wo die Blumen blühen? Dumme Frage! Bei uns werden sie gezüchtet, wo denn sonst. Ach nein, das ist ein Irrtum! Fremde sind's zumeist, um mit Heine zu reden, die uns Duft und Farbe und Freude bringen. Bis vor kurzem waren es zum großen Teil sogar Feinde, Franzosen, die uns die köstlichen Grüße Floras gleich in ganzen Waggonladungen sandten und die Regierung hat erst jetzt wieder Maßnahmen getroffen, um zu verhindern, daß die Franzosen uns neben Kugeln und Granaten auch noch mit Blumen beglücken. Zweimal täglich kamen in Friedenszeiten die duftenden Kinder als Erpreßgut aus dem südlichen Frankreich und aus Italien. Nunmehr sind Schwierigkeiten eingetreten, da es zweifelhaft war, ob alle aus Italien bezogenen Blumen auch wirklich von dort stammten und nicht etwa von Frankreich herübergeschmuggelt wurden.

Immerhin: Blumen sind auch so noch in Hülle und Fülle vorhanden, und die Stadt Berlin braucht ihre Blumenbestände nicht zu „strecken". Nach wie vor versorgen sich Händler und Händlerinnen mit dieser lieblichen Ware, die sie aus der Markthalle in der Lindenstraße beziehen.

Frühmorgens, wenn die Sterne noch am winterlichen Himmel blinken, beginnt dort ein emsiges Treiben. Wagen langen nach stundenlanger Fahrt an und bringen die Erzeugnisse der in der weiten Umgebung Berlins verstreuten Gärtnereien. Dazwischen rattern die Handkarren der Käufer, Hufe klappern, Menschen wimmeln, und im Schein der Laternen entwickelt sich ein lebhaftes Kommen und Gehen. Kränze werden abgeladen, um vielleicht noch am selben Tage den Sarg eines entschlafenen Erdenbewohners zu schmücken. Kasten und Körbe mit Topfblumen und Gewächsen wandern in die Halle. Dort harren sie tagsüber des Käufers. Alpenveilchen schließen mit der bescheidenen Erika enge Freundschaft, das Immergrün läßt seine frischen Triebe wie Frauenhaar über den Topf herabhängen, Farnkräuter suchen es in Stolz und Würde den Palmen gleichzutun, die in den verschiedensten Artgenossen vertreten sind. Der Gummibaum reckt sich wie ein preußischer Flügelmann empor und zwischen diesen großen Brüdern und Schwestern verkrümeln sich die kleinen Kaktusse mit ihrem feindseligen Stachelkleid.

Daneben aber taucht, vom grellen Schein der elektrischen Birnen übergossen, ein Meer von Blumen auf, ein entzückendes Farbenspiel, prangend und lockend in seltsamer Buntheit. Neben dem blaßbläulichen Flieder die sensible Mimose, hier ein violetter Teppich von Veilchen, dort gelbherzige Margueriten und brennende Amarillen, und weiterhin in fröhlicher Abwechselung leuchtende Narzissen, rote Kamelien, die Dumas rührselige Kokotte so sehr geliebt, Nelken, rot wie Blut und weiß wie Schnee, glühende Tulpen in friedlicher Eintracht mit blauen Hyazinthen, schneeige Azaleen neben zarten Vergißmeinnicht und lieblichen Maiglöckchen. Alle überragend aber an Wuchs und Duft und Schönheit die königliche Rose! Rosen wie Herzblut, Rosen im keuschesten Weiß, Rosen, so gelb wie der Neid, Rosen so rot wie die Biese einer Generalshose. Und Blumen und Rosen und Laub und Grün hier in der weiten, dämmerigen Halle, zwischen Gemüse und Kartoffeln und Fisch und Fleisch und Gott weiß was noch allem im grau-trüben Wintermorgen, mutet wie ein wundersam traumhaftes Märchen an.

Aber wie es so ist im Leben: auch die schönsten Träume werden grausam zerstört. Rauhe Hände greifen in den Blumentraum, mit brutaler Geschäftsmäßigkeit wird gefeilscht und gehandelt um die süßen Kinder Floras, viele nehmen ihren Weg in Körbe und erwachen im Laden oder auf der Straße wieder. Dann allerdings sind sie so weit, daß sie aus Objekten des Geschäfts Subjekte der Freude werden!

Undurchdringlicher Nebel.

Gestern morgen legte sich ein undurchdringlicher Nebel in die Straßen der Stadt. Man konnte buchstäblich kaum die Hand vor den Augen sehen. Die Ueberschreitung des Fahrdammes war mit Lebensgefahr verbunden, da die ankommenden Fuhrwerke nicht zu sehen waren. Die Straßenbahnführer klingelten fortgesetzt, um Unglück zu verhüten, kamen aber auch nur langsam vorwärts. Die Witterung war so recht zu Hals- und Nasenkrankheiten angetan. Erst gegen 10 Uhr, als die Sonne höher stieg, wichen langsam die Nebelschwaden und mittags herrschte das schönste Wetter.

Müllkutscher gesucht!

An den Plakatsäulen prangen rote Plakate, wonach die Wirtschaftsgenossenschaft Müllkutscher und Mitfahrer sucht. Erst jetzt wird auch weiteren Kreisen klar, welch' nützliche Tätigkeit der Müllkutscher zu verrichten hat; es zeigt sich aber auch, daß diese Arbeit durchaus verstanden sein will, wenn sie so klappen soll, wie das die Genossenschaft verlangt. Wie es ungeübten Arbeitern dabei ergehen kann, das zeigt folgende Zuschrift:

„Da immer noch an den Anschlagsäulen von der Berliner Wirtschaftsgenossenschaft Leute zum Müllfahren gesucht werden, meldete auch ich mich, und wurde auch eingestellt. Ich sowohl als auch der Kutscher waren neue Leute. Wir erhielten als erstes eine Tour zugewiesen, auf welcher bereits seit 3—4 Wochen kein Müll abgeholt worden war, so daß statt 2 vollen Kästen fast durchweg 5—6, stellenweise noch mehr abzuholen waren. Es ist ohne weiteres klar, daß eine derartige Tour 2—3 oder noch mehr Touren entspricht, wenn regelmäßig abgeholt worden ist. Bei fast ununterbrochenem 12stündigem Arbeiten (eine Pause von ca. 1/2 Stunde abgerechnet), schafften wir also nur diese eine Tour. Da dieser Tag gerade ein Sonnabend war, erhielten wir am Abend gleich unseren Lohn und zwar der Kutscher 1,95 M. und ich 1,75 M., weil wir ja nur eine Tour geschafft hatten. Auf Einwendungen ließ man sich nicht ein, und wir verlangten beide unsere Papiere, denn man kann es zwei starken Männern, welche 11 1/2 Stunde schwer gearbeitet haben, nicht verargen, wenn sie für solch einen Hungerlohn nicht weiter arbeiten wollen. Wenn die Gesellschaft auf solch billige Weise das wochenlang nicht abgeholte Müll fortschaffen läßt, ist es kein Wunder, wenn sich schwer Leute finden, die die Arbeit länger machen als einen Tag. Daß dieser Fall nicht vereinzelt dasteht, dürfte der Umstand beweisen, daß wir in Straßen, die nicht zu unserer „Tour" gehörten, von Portiers und dergl. Trinkgeld bis zu einer Mark angeboten erhielten, wenn wir die vollen Müllkästen mitnähmen, was wir jedoch ablehnten."

Nach dem uns vorliegenden Vertrag sollen die Leute drei Fuhren mit 135 Kästen schaffen, wofür der tarifliche Lohn von 41 M. für Kutscher und 38 M. für Schaffner gezahlt wird. Diese Leistung wird von den eingearbeiteten Arbeitern auch geschafft. Es zeigt sich also, daß es durchaus nicht so leicht ist, Müllkutscher und Mitfahrer bei der Wirtschaftsgenossenschaft zu spielen, zumal die Arbeit auch erhebliche Körperkräfte erfordert. Wenn die Genossenschaft unter diesen Umständen nicht genügend Leute erhält, so ist das verständlich, berechtigt aber keineswegs zu der Behauptung, die Arbeiter wollten nicht arbeiten.

Die Bezahlung der Backware in Gastwirtschaften.

Durch die neuen Bestimmungen über Einschränkung der Brotherstellung dürfte auch in den Gastwirtschaften Brotknappheit eintreten. Verschiedene Gastwirtsvereine haben sich entschlossen, in den nächsten Tagen ein Plakat mit folgendem Text auszuhängen:

„An die Gäste.

Die mit dem 1. Februar 1915 in Kraft getretene neue Verordnung, die für die Gast- und Speisewirtschaften den Verbrauch an Backware auf 3/4 des früheren durchschnittlichen Tagesverbrauchs festsetzt, hat die Gastwirte leider gezwungen, um dieser Bestimmung gerecht werden zu können, für alle den Gästen zu den Speisen verabfolgte Backware Bezahlung zu fordern. Wir bitten die verehrten Gäste, in Würdigung des Ernstes der Zeit diesem notwendigen Beschlusse wohlwollendes Verständnis entgegenzubringen."

Vom Sonnabend, den 6. Februar, ab soll die Bezahlung gefordert werden.

Gegen die Erhöhung der Bierpreise.

Die Brauereien gehen mit der Absicht um, in Rücksicht auf die Verteuerung der Rohprodukte eine Erhöhung der Bierpreise vorzunehmen. Die Gastwirte regen sich und erklären sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Preiserhöhung. Schon jetzt leidet das Gastwirtsgewerbe besonders schwer; der Konsum ist stark zurückgegangen, viele kleine Restaurateure haben ihre Läden schließen müssen und haben ihre sauer ersparten Groschen verloren, viele andere vegetieren nur und sind mit ihren Mieten stark im Rückstande. Eine Bierpreiserhöhung würde den Konsum weiter verringern und weitere Existenzen fordern. Es sind Protestversammlungen der Gastwirte in Aussicht genommen.

Philharmonisches Konzert.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Freitag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Str. 1—4, statt. Der Eintrittspreis zu den sehr empfehlenswerten Konzerten ist auf nur 30 Pf. festgesetzt und werden Interessenten darauf aufmerksam gemacht, sich baldigst mit Billetts zu versehen. Solche sind zu haben bei der Gewerkschaftskommission, Engelufer 15 I, Zimmer 13, ebenso im Zigarrenladen bei Horsch, Engelufer 15. Der Verkauf in der Gewerkschaftskommission findet vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 4—7 Uhr, außer Sonnabends nachmittags statt.

Exmission einer Kriegerwitwe.

Kriegerfrauen wegen Mieteschulden zu exmittieren, ist unzulässig. Dieser Schutz hört leider auf, wenn der Mann fällt und die Kriegerfrau zur Kriegerwitwe wird. Allen Kriegerwitwen, die Miete schuldig bleiben, kann der folgende vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zur Entscheidung gebrachte Fall als Lehre dienen.

Der im Hause Demminer Str. 26 wohnende Brauer Paul Looke wurde im August als Landwehrmann eingezogen. Seine Frau zahlte — anders als viele Kriegerfrauen — für August, September, Oktober die Miete voll mit je 27 M. Für November gab sie zunächst nur 20 M., und sie stellte dann bei der Steuerkasse einen Antrag auf Mieteunterstützung. Diese Beihilfe wurde der kinderlosen Frau von der Unterstützungskommission versagt. Ueber den Grund steht in dem ablehnenden Bescheid nichts. Die Hauseigentümerin, Frau Lanner, hatte sich geweigert, in die gewünschte Mieteermäßigung zu willigen. Die Mieterin sei in der Lage, den vollen Betrag herzugeben, meinte sie. Frau Looke blieb weiter die restierenden 7 M. schuldig und zahlte auch im Dezember wieder nur 20 M. Als dann ihr Mann im Felde erkrankte und nach Insterburg ins Lazarett gebracht wurde, fuhr sie dorthin. Da sie lange als Krankenpflegerin tätig gewesen war, gestattete man ihr, sich an der Pflege ihres Mannes zu beteiligen. Am Weihnachtsheiligabend starb er. Sie ließ auf ihre Kosten die Leiche nach Berlin bringen. Am Tage nach der Beerdigung ersuchte die Hauswirtin die Witwe, zu ihr zu kommen. Frau Looke lehnte ab, sie sei jetzt nicht imstande, die Mieteangelegenheit zu besprechen. Am 2. Januar übersandte sie der Wirtin wieder nur 20 M. für Miete. Am Abend desselben Tages kam von dem Rechtsanwalt der Hauswirtin ein Brief, der sofortige Zahlung der restierenden 3 × 7 = 21 M., sowie für die Zukunft pünktliche Mietezahlung forderte. Anderenfalls sei, so wurde gedroht, Räumungsklage zu gewärtigen. Weil Frau Looke die 21 M. nicht sofort zahlte, wurde am 7. Januar Klage auf Zahlung dieses Mietsrestes und auf Räumung der Wohnung eingereicht. Im Termin am 15. Januar entschied das Gericht, die 21 M. seien in drei Raten von je 7 M. am 1. Februar, am 1. März und am 1. April zu zahlen, die Wohnung aber sei am 1. Februar zu räumen. Frau L. sah sich nach einem anderen Quartier um und bereitete den Umzug vor — da kam am 29. Januar ein Brief, durch den die Hauseigentümerin wegen des Mietsrestes ihr Pfandrecht geltend machte. „Namens und im Auftrage" der Eigentümerin schrieb ihr Rechtsanwalt, daß die Mieterin auf Grund des Vermieterpfandrechtes die Mitnahme eines Kleiderspindes sowie des Teppichs und der Wanduhr untersagt werde und daß Zuwiderhandlung strafbar sei. Infolgedessen verzichtete die Mieteschuldnerin auf die ihr vom Gericht bewilligten Zahlungsfristen für die zweite und dritte Rate des Mietsrestes und bezahlte am 31. Januar sogleich alle drei Raten. Gegen die Mitnahme aller Sachen wurde dann nichts mehr eingewendet.

Das ist mit dürren Worten der kahle Sachverhalt. Er zeigt, daß dem Gesetz eine Ergänzung not tut. Sie muß gefordert werden, auch wenn man von dem vorliegenden Fall, in dem die Frau schließlich die 21 M. aufbringen konnte, absehen will. Mit welchen Empfindungen die um die 21 M. verklagte und zur Räumung verurteilte Kriegerwitwe aus der Wohnung schied, läßt sich denken. Am zweiten Tage nach ihrem Auszug aus dem Heim, das vor sechs Monaten der Gatte verlassen hatte, um im Dienste des Vaterlandes sein Leben dranzusetzen, wurde ihr noch ein Schreiben seiner Kompagnie übersandt. Es enthielt das Eiserne Kreuz, das ihm nach seinem Tode am Geburtstag des Kaisers „für sein tapferes Verhalten vor dem Feinde" verliehen worden war. Das Schreiben bedauerte, daß man dem von Vorgesetzten und Kameraden hochgeschätzten Krieger die Auszeichnung nicht mehr habe auf die Brust heften können.

Reklamesoldaten.

Mit welcher Würdelosigkeit und Geschäftsmache sich die Reklame auf den Krieg gestürzt hat, ist aus den verschiedensten Anlässen schon wiederholt gerügt worden. Alle möglichen Handelsartikel werden durch die Reklame in eine auch noch so entfernte Beziehung zum Kriegsdienst gebracht. Wo der Inseratentext zu dürftig und nicht zugkräftig genug ist, muß ein der Phantasie entsprungenes Kriegsbild nachhelfen. Solche Kriegsbilder mit dem zugehörigen Text, auch in Form von Zeitungsbeilagen, sind jetzt von mehreren Generalkommandos in den Provinzen verboten worden. Dieses Schicksal traf auch Gesundheitsartikel, die durch Schützengrabenbilder leichter angepriesen werden sollten.

Gegen eine bedenklichere Mode, nämlich gegen die Einkleidung schulpflichtiger Kinder in „vorschriftsmäßig" gearbeitetes Feldgrau, wendet sich die „Vossische Zeitung". Es erscheine geboten, das Gewissen der Mütter zu schärfen und dieser wenig passenden Schaustellung ein Ende zu bereiten. Jeder Mißbrauch feldgrauer Nachahmung stelle uns selbst nur ein schlechtes Zeugnis über die Reifheit unserer Erziehung aus. Feldgrau gehöre den Soldaten, aber nicht den Kindern.

Diese Betrachtungen erhalten noch dadurch eine schärfere Beleuchtung, daß Kinder mit feldgrauen Offiziersmänteln, betreßten Uniformröcken, Helmen und Ledergamaschen sogar in die Schule kommen, wo die Aufmerksamkeit der Schüler nun auch noch durch das Betrachten der bunten Uniformen abgelenkt wird.

Todessprung vom Automobil.

Ein rätselhafter Vorgang hat sich auf der Königswusterhausener Chaussee abgespielt. Der Führer eines Automobils der Schwartzkopff-Werke hatte auf der Fahrt nach Berlin den 32jährigen Kutscher Hermann Neumann, der gleichfalls in der erwähnten Fabrik beschäftigt war, getroffen und ihn auf seinen Wunsch mit auf den Kraftwagen genommen. Als das Auto in schnellem Tempo die Chaussee nach Wildau zu dahinraste, sprang N. in der Nähe des Alten Schützenhauses plötzlich während der Fahrt herunter und blieb tot auf dem Fahrdamm liegen. Ob der Vorgang als ein Unglücks-

fall zu betrachten ist, oder ob R. vielleicht aus einem anderen Grunde aus dem dahinrasenden Kraftwagen herausgesprungen ist, bedarf noch der Aufklärung.

Ein Mietsschwindler.

Ein raffinierter Mietsschwindler treibt seit einiger Zeit in den westlichen Stadtteilen sowie in den angrenzenden Nachbarorten sein Unwesen. Der Gauner operiert in folgender Weise: Unter der Vorgabe, ein möbliertes Zimmer mieten zu wollen, läßt er sich bei Vermieterinnen die einzelnen Räume zeigen. Er mietet dann auch, und während nun die Wirtin damit beschäftigt ist, die Personalien des neuen Mieters aufzuschreiben, bittet der Fremde um eine Kleinigkeit. Sobald dann die Wirtin das Zimmer verlassen hat, steckt der Unbekannte schnell wertvolle Gegenstände, die er in der Eile erreichen kann, zu sich. Mit dem Versprechen, in einer halben Stunde wieder zurück zu sein, empfiehlt sich darauf der Schwindler. Leider zu spät bemerken die bestohlenen Wirtinnen stets den Verlust der gestohlenen Gegenstände.

Eine Kriegsschwindlerin hat einen alten Herrn um 50 000 M. bestohlen. Sie erzählte, daß sich ihre Angehörigen im Auslande befänden und sie nun allein not- und mittellos zurückgeblieben sei. Der Herr nahm die Verlassene bei sich auf, machte aber nach einigen Tagen die Entdeckung, daß sein Schützling verschwunden war und mit ihm für 50 000 M. Gold- und Schmucksachen seiner verstorbenen Frau. Kürzlich gelang es nun, die Schwindlerin auf dem Potsdamer Platz zu verhaften. Ueber den Verbleib der gestohlenen Wertsachen, sowie über ihren Namen und Aufenthaltsort verweigert sie hartnäckig jede Aussage.

Ein Kind verbrannt. In Abwesenheit der Mutter kam Mittwochabend die dreijährige Tochter Erna des Wärters Schwendy von der Tierärztlichen Hochschule in der Philippstr. 13 dem Herdfeuer zu nahe, so daß die Kleider des Kindes Feuer fingen. Als die Mutter zurückkehrte, war das kleine Mädchen schon am ganzen Körper schwer verbrannt, so daß es sterbend in die Charité eingeliefert wurde.

Im Streit erstochen. In der Nacht zum Donnerstag hat die Frau des Maurers Julius Zettler in der Wilhelmsaue 7 zu Wilmersdorf ihren Mann mit einem Messer erstochen. Die Tat ist die Folge einer unglücklichen Ehe. Der Mann, ein Trunkenbold, kam wie immer betrunken nach Hause und bedrohte seine Frau mit einem Beil und einem Taschenmesser. Die Frau ergriff zu ihrer Verteidigung ein anderes Messer und erwiderte seine Angriffe durch drei Stiche, von denen einer das Herz traf. Der Arzt der Rettungswache konnte nur noch den Tod feststellen. Die Frau wurde verhaftet.

Straßenunfall. Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist am Mittwoch Herr Otto Trebin verunglückt. Er sprang vor dem Hause Rosenthaler Str. 59 vom Hinterperron eines Straßenbahnwagens der Linie 36 ab, fiel und schlug mit dem Kopf so heftig auf das Straßenpflaster auf, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem St. Hedwigs-Krankenhause gebracht.

Sinkender Kahn. Die Berliner Feuerwehr hatte am Mittwochabend an der Tiergartenschleuse zu tun, wo ein Kahn leck geworden war. Die Wehr pumpte das eingedrungene Wasser heraus und reparierte das Leck.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund (Gau Berlin). In der Generalversammlung vom 31. Januar gedachte der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung der im letzten Jahre verstorbenen, sowie der im Felde gefallenen Sangesbrüder. Die Zahl der letzteren beträgt, soweit dies dem Vorstande bekannt ist, bis jetzt 24. — In seinem Kassenbericht wies der Kassierer an der Hand der vorliegenden Statistik nach, wie verheerend der Krieg auch in den Reihen unseres Gaues gewirkt habe. Ueber 20 Vereine hätten sich vertagen bezw. auflösen müssen, weil der größte Teil der Sangesbrüder zu den Fahnen einberufen worden sei. Nach kurzer Debatte wurde dem Kassierer Entlastung erteilt und gleichzeitig eine Kommission gewählt, die einen Weg finden soll, angesichts der ungünstigen Zeitverhältnisse die Verwaltungsgeschäfte zu vereinfachen und zu verbilligen. — Die beiden vorliegenden Anträge: 1. den Beitrag für weibliche Mitglieder um 10 Pf. zu erhöhen, 2. die Bezirksübungsstunden abzuschaffen, wurden nach kurzer Debatte abgelehnt. — Die hierauf folgende Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: Wilh. Volz, 1. Vorsitzender; Jul. Klahre, 2. Vorsitzender; Jul. Steffens, 1. Kassierer; Karl Erzibilla, 2. Kassierer; Otto Engel, 1. Schriftführer; Paul Schneider, 2. Schriftführer; Frau A. Oestreich, Beisitzerin. — Unter Punkt Verschiedenes gab der Vorsitzende bekannt, daß am 21. Februar eine Ausschußsitzung mit anschließender Uebungsstunde in Obiglos Festsälen, Koppenstraße, stattfindet, in welcher die Wahl der Revisoren und Kontrolleure erfolgt. Ferner teilte er mit, daß sich die Vereine „Allegro" und „Anakreon" verschmolzen haben. Mit dem Liede „Tord Foleson" wurde die Generalversammlung geschlossen.

„Auffällige Lohnungleichheiten" lautet die Ueberschrift der in Nr. 65 veröffentlichten Notiz. Ein Druckfehler hatte daraus „Auffällige Löhnungsgleichheiten" gemacht.

Auf der Treptow-Sternwarte finden folgende Vorträge statt: Am Sonnabend, den 6. Februar, um 5 Uhr: „Aus unseren Kolonien"; am Sonntag, den 7. Februar, um 5 Uhr: „Sitten und Gebräuche fremder Völker", um 7 Uhr: „Mit Ozeandampfer von Bremen nach New York!"; am Mittwoch, den 10. Februar, um 5 Uhr: „Europäische und exotische Jagden". Am Dienstag, den 9. Februar, abends 7 Uhr, spricht Direktor Dr. F. S. Archenhold über: „Die Sternbilder und Anleitung zu ihrer Auffindung" unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder. Nach dem Vortrag werden auf der Plattform des Institutes Uebungen im Aufsuchen der Sternbilder vorgenommen. Mittwoch, den 10. Februar, abends 8 Uhr, hält Herr Max Kentwich einen Lichtbildervortrag über: „Erdbeben und die Vulkane Italiens". Mit dem großen Fernrohr wird der Saturn beobachtet.

Der Botanische Garten zu Dahlem ist am Sonntag, den 7. Februar, von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags dem allgemeinen Besuch geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener keinen Zutritt.

Die nächste Märchenvorlesung in der Lesehalle der Gesellschaft für ethische Kultur, Hungerstr. 25, findet am Sonntag, den 7. Februar, von 1/4 4 bis 1/2 5 statt. Eintritt frei, auch für Erwachsene.

Gerichtszeitung.

Bürgschaft des „Leipziger Verbandes" ist kein Milderungsgrund.

In einer jetzt veröffentlichten Entscheidung des Reichsgerichts wendet sich dies gegen die Anschauung, daß eine von einem Arzt einer Krankenkasse gegenüber verwirkte Vertragsstrafe herabzusetzen sei, weil in Wahrheit der „Leipziger Verband" die Strafe zu zahlen habe.

Ein praktischer Arzt war vom Krankenkassenverband Bocholt für die Zeit von 1910 bis 1918 als Kassenarzt gegen 10 000 M. Jahresgehalt angestellt worden, trat jedoch die Stellung nicht an. Der Krankenkassenverband verlangte deshalb von dem Arzt die im Vertrage auf Verweigerung der Erfüllung angedrohte Vertragsstrafe von 12 000 M. Dieser Anspruch ist rechtskräftig dem Grunde nach für berechtigt erklärt worden. Der beklagte Arzt begehrte nunmehr Herabsetzung der Strafe auf einen angemessenen Betrag und machte geltend, durch den Vertragsbruch sei der klagende Kassenverband weder wirtschaftlich noch anderweit geschädigt. Bei Beurteilung der Strafhöhe dürfe nicht in Betracht gezogen werden, daß die Strafe tatsächlich von dem Verband der Aerzte Deutschlands (Leipziger Verband) getragen werde, wohl aber, daß den Beklagten die Rücksicht auf seine kranke Mutter zum Vertragsbruch bestimmt habe.

Das Landgericht Berlin ermäßigte die Strafe auf 2000 M. Vom Kammergericht ist der Beklagte dagegen zur Zahlung der vollen Vertragsstrafe von 12 000 M. verurteilt worden. Diese Entscheidung ist vom Reichsgericht am 17. November 1911 durch Zurückweisung der Revision des Beklagten bestätigt worden. In seinen Entscheidungsgründen führt der höchste Gerichtshof aus: Nach § 343 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist bei Beurteilung der Angemessenheit der Vertragsstrafe jedes berechtigte Interesse des Gläubigers in Betracht zu ziehen. Die Ausführung des Kammergerichts, daß und inwiefern ein „ganz außerordentliches Interesse" des Klägers an der Vertragserfüllung durch den Beklagten bestanden habe, läßt einen Rechtsirrtum nicht erkennen. Ob der Vertragsbruch den Schaden wirklich verursacht hat, ist gleichgültig, wenn nach der Sachlage ein solcher Schaden, sei es auch nicht gerade in derselben Höhe, möglicherweise entstehen konnte. Bei Prüfung der Angemessenheit der Strafe muß auch ins Gewicht fallen, daß der Beklagte den Vertragsbruch vorsätzlich herbeigeführt und sich seinen Vertragspflichten äußerst willkürlich entzogen hat. Zu erwägen sind auch die Vorteile, die er durch den Vertragsbruch erlangt hat, insbesondere die Wiederherstellung des durch seinen Ehrenwortsbruch gegenüber dem Leipziger Verbande gestörten Verhältnisses. Handelt es sich darum, ob die verwirkte Strafe als unverhältnismäßig hoch herabgesetzt werden soll, so steht die Rücksicht auf die Interessen des Gläubigers in erster Reihe. Die wirtschaftliche Lage des Schuldners kann in Rechnung gezogen werden, sie ist aber niemals ausschlaggebend. Für die wirtschaftliche Lage des Schuldners, soweit sie bei Prüfung der Herabsetzungsnotwendigkeit von Einfluß sein kann, ist natürlich von der größten Bedeutung, ob er trotz Rechtsanspruch die Strafe auf einen leistungsfähigen Dritten abzuwälzen vermag. Der Anspruch auf Befreiung von der Strafschuld oder auf Ersatz der bezahlten Strafe ist ein Recht, das die wirtschaftliche Lage des Schuldners verbessert, sein Vermögen vermehrt. Es unterliegt keinem Bedenken, diesen Anspruch dem Vermögen des Schuldners hinzuzurechnen. Dies muß zumal dann gelten, wenn der Dritte den Vertragsbruch veranlaßt und etwaige Bedenken des Schuldners gegen die Vertragsverletzung durch das Versprechen des Eintretens für die Vertragsstrafe zerstreut hat. Die Berücksichtigung des Umstandes, daß der Leipziger Verband sich dem Beklagten gegenüber, wie unstreitig ist, verpflichtet hat, die Strafe zu tragen, wird danach allein dem Sinne und den Anforderungen des § 343 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gerecht. (Aktenzeichen: III. 208/14.)

Erst elf Jahre Zuchthaus — dann freigesprochen.

Einen Kriegsgerichtsspruch, der auf elf Jahre Zuchthaus lautete, hat das Dortmunder Oberkriegsgericht umgestoßen. Das Gericht der Landwehrinspektion hatte die erwähnte Strafe dem Reservisten Ketzler, einem geborenen Elsässer, auferlegt, weil er sich des Kriegsverrats schuldig gemacht haben sollte. Vor dem Oberkriegsgericht erklärte der Angeschuldigte, daß er sich zur Zeit der Kriegserklärung in Frankreich befunden und keine andere Möglichkeit gehabt habe, nach Deutschland zu kommen, als sich in französische Uniform stecken zu lassen. Er habe von Anfang an die Absicht gehabt, den Franzosen davonzulaufen. Tatsache ist, daß der Angeklagte als Ueberläufer von deutschen Truppen gefangen genommen worden ist. Das Oberkriegsgericht hielt die Angaben des Angeklagten zum mindesten für nicht widerlegt und sprach ihn daher frei.

Kleine Nachrichten.

Advokat und Kaldaunenmacher.

Unter dieser Ueberschrift gibt die „Magdeburger Volksstimme" folgendes lustiges Erlebnis wieder, das Pierre Mille im „Temps" erzählt:

Mille trifft auf der Straße einen Soldaten zweiter Klasse in einer abgerissenen und beschmutzten Uniform, der ihm sehr bekannt vorkommt. Richtig! Das ist ein alter Studienfreund und bedeutender Rechtsgelehrter, der als angesehener Advokat in Paris wirkte. Er gehört bereits dem zweiten Aufgebot der Territorialarmee an und ist in einem Alter, in dem man im Falle eines Krieges eigentlich nur noch nach Maßgabe seines Berufs verwendet werden soll. Wie kommt der Mann in die Uniform? Mille spricht ihn an und begrüßt ihn mit den Worten: „Du hast Dich also freiwillig gemeldet? Das ist aber schön und großherzig von Dir." „Ich?" antwortet der andere in einem friedlichen und traurigen Tone. „Durchaus nicht. Ich bekam aber eine Gestellungsorder, daß ich mich am dritten oder vierten Tage der Mobilmachung melden müßte. Ich glaubte, man würde mich als Kriegsgerichtsrat anstellen wollen; aber auch wenn man mich noch ein paar Wochen ausgebildet und dann zur Front geschickt hätte, wäre ich zufrieden gewesen. Aber was geschah? Man schickte mich nach Villette ins Schlachthaus. Ein Hauptmann nahm dort meinen Paß, schlug in einem großen Register nach und fragte: „Dubourg, Louis-Amedée, Klasse 88, 256, 2. Kompagnie. Sind Sie dieser Dubourg? . . . Führen Sie den Mann nach der Kaldaunenmacherei!" Und so wurde ich Kaldaunenmacher, wenn Du nichts dagegen hast. Das Schlachthaus liegt bekanntlich vom Justizpalast ziemlich weit entfernt, und ich hatte bisher versäumt, diese Sehenswürdigkeit kennen zu lernen. Meine Arbeit wurde mir daher nicht leicht, denn ich hatte von der richtigen Herstellung der Kaldaunen keine Ahnung. Ich gab mir die größte Mühe, aber der Sergeant schnauzte mich furchtbar an, und eines Tages sagte er zu mir: „In was für einem Schweinestall hast Du eigentlich bisher gearbeitet, mein Junge?" Diese Ungerechtigkeit empörte mich und ich wagte zu erwidern: „Ich habe niemals in einem Schweinestall gearbeitet, Herr Sergeant." „Na, was hast Du denn als Zivilist getrieben?" kreischte er nun wütend. „Eine anständige Wurst hast Du sicher nie gemacht." „Allerdings nicht," antwortete ich mit möglichster Sanftmut, „ich bin immer Advokat gewesen."

Die anderen Schlächter-Soldaten hatten mich schon vorher mit meinem Advokatenberuf nicht schlecht gezaust. Dem Sergeanten aber war es zuviel, daß ich auch ihm gegenüber so etwas zu behaupten wagte. „Das ist eine unverschämte Lüge," sagte er. „Nur Schlächter von Beruf sind zu Militärdiensten nach dem Schlachthaus abkommandiert worden." Man studierte nun meinen Militärpaß und meine Papiere, und da stand denn zu lesen: „Magister der schönen Wissenschaften und Künste, gute Kenntnisse der Musik, Doktor beider Rechte, Schwimmer, hat bei der Revision des Code Tripier mitgearbeitet." (Tripier heißen auf französisch die Kaldaunenmacher; es ist aber auch zugleich der Name eines großen Rechtsgelehrten, der ein noch heute maßgebendes Gesetzbuch verfaßt hat.) „Tripier! Da haben wirs ja," rief der Sergeant. „Was willst Du denn eigentlich?"

Ich konnte noch so viel antworten, daß das keine Kaldaunen, sondern ein Gesetzbuch sei. Man schenkte mir keinen Glauben, und so mache ich denn weiter Kaldaunen, und habe es darin ziemlich weit gebracht. Wenn Du mal nach dem Kriege zu mir kommst, will ich Dir von mir eigenhändig verfertigte Fleischwaren vorsetzen."

Ein Kampfbild aus dem Westen.

In der „Leipziger Volkszeitung" finden wir folgende Schilderung:

Ypern, d. 16. 1. 15.

Am 16. Dezember nachmittags wurden wir an der Yserlinie, wo wir in Reserve lagen, alarmiert und mußten hierher abrücken. Am 17. nachmittags rückten wir zur Verteidigungsstellung auf eine heißumstrittene Höhe, etwa 1½ Kilometer vor Ypern aus und bezogen Schützengräben. Schon das Einrücken in die Stellung ging unter einem mörderischen Artillerie- und Infanteriefeuer vor sich, wir hatten jedoch Glück und erreichten unsern Platz ohne Verluste. Oben angekommen, wurde uns die Mitteilung, daß die Höhe schrecklich von der Artillerie jedes Kalibers befeuert würde und die obenbefindliche Kompagnie schon große Verluste erlitten habe. Die Wahrheit wurde uns dann durch die im Graben liegenden toten und schwerverwundeten Kameraden nur zu sehr bestätigt. Am 18., früh 8½ Uhr, setzte dann auch ein von uns noch nie gehörtes und bis dahin für unmöglich gehaltenes Artilleriefeuer ein. Hunderte von Granaten wurden uns von ungezählten Batterien zu gleicher Zeit stundenlang herübergeschleudert. Eine Rettung für uns war nur möglich, indem wir uns mehrere unbestrichene Stellen suchten und dort zusammengeballt auf einem Haufen am Erdboden hockten. Trotz diesem mörderischen Feuer litt die Wachsamkeit in keiner Weise und die Schießscharten waren ständig besetzt. Wir kamen durch unsere Vorsicht auch mit nur sechs Mann Verlust nach zwei Tagen zur Ablösung, um nunmehr jeden zweiten Tag wieder auf zwei oder vier Tage die Stellung zu beziehen. Das Artilleriefeuer dauerte Tag für Tag von früh bis abend in dieser Stärke an und wurde während der Nacht durch scharfes Infanteriefeuer ersetzt. Die Verluste häuften sich. Bei Tage wurden die Gräben völlig eingeschossen und in jeder Nacht durch die Pioniere wieder vorgerichtet, eine äußerst schwierige Arbeit, im Dunkel und unter schwerem Feuer, jedoch es gelang.

Am 29. Dezember schwieg plötzlich auffallenderweise die feindliche Artillerie und wir sahen uns verwundert an, war das doch etwas ganz Ungewöhnliches. Nachmittags ½3 Uhr ertönte plötzlich eine schreckenerregende Detonation. Der Schützengraben und die Ruhestände sausten förmlich hin und her, gingen dann nach unten und oben, wie wenn die ganze Höhe aus Gummi wäre, und darauf trat eine direkte Finsternis ein. Die Höhe war durch eine von den Franzosen gelegte Mine in die Luft gesprengt worden. Doch Glück bei allem. Wir hatten 1 Toten, 3 Verwundete und 21 Verschüttete, die hell wieder herausgearbeitet werden konnten. Die sofort alarmierten Pionniere sowie die Sanitätskompagnie fanden keine Beschäftigung, und das war das beste. Die Wirkung auf die Nerven kann sich niemand vorstellen, man muß es mit erlebt haben, und es möge uns beschieden sein, es das zweite Mal nicht durchmachen zu müssen. Die Franzosen hatten sich aber auch ins eigene Fleisch geschnitten, hatte ihr Schützengraben doch mehr als das Doppelte wie der unsre gelitten, da die Mine zu kurz gelegt war. Kurz nach der Explosion sandte unsere Fußartillerie 7 Stück 21-Zentimeter-Granaten direkt in den französischen Schützengraben und die Wirkung war fürchterlich. Es gab bei den Franzosen nur noch ein Schmerzgestöhne. Die beste Wirkung jedoch war, daß das mörderische Feuer der französischen Artillerie sofort nachließ und nie wieder die Stärke der vorhergehenden Tage erreicht hat. Keine 5 Minuten nach der Sprengung herrschte wieder die größte Ordnung im Schützengraben. Alles stand an den Beobachtungsständen.

Was hier von den Mannschaften geleistet und den Nerven geboten wurde, kann man nicht schildern. Man mußte Stahlseile als Nerven haben, sollte man solche Tage und Stunden öfter durchleben.

Einsturz eines Schulhauses.

Infolge eines heftigen Sturmes ist das Schulhaus in der italienischen Ortschaft Saint Jean de Rimel, in dem sich 80 Kinder befanden, eingestürzt. Ein Kind wurde getötet und mehrere schwer verletzt. — Das muß ja ein wahrer Prachtbau gewesen sein!

Wenn man Damenhüte verschenken will.

Versuchte Bestechung eines Generalintendanten verhalf der Oberstleutnantswitwe Cziffra und der Kaufmannsgattin Ornstein in Wien zu 5 Monaten schweren, beziehungsweise 2 Monaten einfachen Kerkers. Der Händler Ornstein wollte von dem Rest einer ihm übertragenen großen Heereslieferung entbunden sein, weil die Preise inzwischen so gestiegen waren, daß er mit Verlust hätte arbeiten müssen. Das Angebot eines Damenhuts mit Reiherfedern für seine Frau sollte den Sektionschef Jarzebski, Vorstand der Intendanturabteilung im Kriegsministerium, bestechen! . . .

Die Internationale der Profitgier.

Aus Rom wird uns geschrieben: Man sage nicht, daß jede Aeußerung internationalen Geistes tot sei! Hat man doch dieser Tage in Mailand eine internationale Agentur ausgehoben, in der sich ein Deutscher, ein Engländer und ein Franzose innig vereint hatten, um die Ausfuhr von Waren zu betreiben, deren Export verboten ist. Der Deutsche sorgte für die Bedürfnisse Deutschlands, der Engländer für die Englands, und der Franzose für die Franzosen. Der Reinertrag wurde geteilt, und die drei Kompagnons wiesen einander die betreffenden Geschäfte an. Leider ist das Idyll nun durch die Polizei gestört worden, die einem großen Transport von Lastautomobilen, der für Frankreich bestimmt war, rechtzeitig auf die Spur gekommen ist. So wurden die drei Mitglieder der neuen Internationale verhaftet.

Parteiveranstaltungen.

Vierter Wahlkreis. Sonnabend, den 6. Februar, abends 8½ Uhr, findet in „Bockers Festsälen", Weberstraße 17, ein großer Lichtbildervortrag statt: „Die Kunstschätze in Belgien und im nördlichen Frankreich". Vortragender: Genosse H. Müller.

Neukölln. Die Jugendsektion beteiligt sich an der am kommenden Sonntag bei Bartsch, Hermannstraße 49, stattfindenden Feier anläßlich des zehnjährigen Bestehens der freien Jugendbewegung Neukölln.

Jugendveranstaltungen.

Britz-Buckow. Sonntag, den 7. Februar: Wanderung nach Seegefeld—Heiligensee—Kegel. Fahrgeld 60 Pf. Treffen 7 Uhr Germaniapromenade. Decken, Proviant, Liederbücher mitbringen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

T. 280. Ja, Sie müssen beantragen, Ihren Sohn aus der Fürsorge zu entlassen. — **E. J. 60.** 1. und 2. Nein, erheben Sie eventuell Beschwerde. — **E. W. 27.** Sie können die Miete nicht einbehalten und auch nicht ausziehen. — **P. D. Urbanstraße.** Wann der Jahrgang 1895 eingezogen wird, wissen wir nicht. — **K. P. L. 15.** Der Schwiegersohn ist zum Unterhalt der Schwiegermutter nicht verpflichtet. — **P. W. 10.** Die Firma muß Entschädigung gewähren dem Durchschnittsverdienst des Arbeiters entsprechend. — **10.** 1. Nein. 2. Ja. — **B. L. 36.** Die Klage ist beim Schöffengericht des Bezirks, in dem der Beklagte wohnt, einzulegen. Die Kosten können wir vorher nicht abschätzen. — **W. E. 20.** Auch Kriegsfreiwillige haben Anspruch auf Kriegsrente. — **L. 18.** Wegen chronischen Nervenleidens nur landsturmpflichtig. — **Schönwalde 100.** Nein. — **E. K.** Da der Hauswirt einen städtischen Mietszuschuß bekommt, muß er mit der von Ihnen gezahlten Summe einverstanden sein. — **B. G. in N.** 1. Beantragen Sie von Ihrem Wohnort aus, daß Sie sich dort stellen können. 2. Tragen Sie Ihren Wunsch bei der Stellung vor. 3. Melden Sie Ihren Schadenersatzanspruch beim Auswärtigen Amt an. — **O. G. 1.** Im allgemeinen gelten diese Wertpapiere als sicher.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag: Meist trocken und vielfach heiter, jedoch zeitweise neblig. Im Nordosten etwas strengere Kälte, in den übrigen Gegenden häufiger Nachtfrost.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.